



Wertvoller Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl.
Post 2 Thlr. 11½ Gr. Infusionsgebühr für den Raum einer
fünfstelligen Zeile in Petitformat 1½ Gr.

Nr. 435. Morgen-Ausgabe. Verlag von Eduard Trewendt.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 17. Sept. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses während der Budget-Debatte zieht Stavenhagen sein bekanntes Amendment zurück. Einige nimmt es wieder auf, weil das Haus vielleicht in Folge des Zwischenfalls (?) darauf eingehen könnte. Bei der nächsten Position erklärte der Kriegsminister, die Regierung könnte unter gewissen Voraussetzungen auf das Amendment Stavenhagens*) eingehen. Für 1863 behalte sich die Regierung eine Erklärung vor. Großes Aufsehen. Bockum-Dolfs beantragt die Vertagung auf morgen. Diese wird angenommen. Die Budget-Commission tritt sofort in Verathung. Der Finanz-Minister und der Kriegsminister versprechen, der Commissionstzung beizuhören.

Berlin, 17. Sept. In der Budget-Commission gab der Kriegsminister verschiedlichst entgegenkommende Erklärungen ab. Die factische Einführung der zweijährigen Dienstzeit sei möglich, die gesetzliche aber nicht. Er wünschte Ausführungen über die Bedingungen einer Verständigung, über die Eventualitäten bei einer Vertagung, welche zur Ausarbeitung neuer Stats und eines neuen Gesetzes notwendig wäre. Weitere definitive Erklärungen werde er morgen geben können. Die Commission beschloß, diese abzuwarten. Sie vertagt sich auf morgen, weshalb eine Plenarversammlung morgen nicht stattfindet. Die Stimmung der Majorität ist sehr gehoben. (Angelommen 7 Uhr Abends.)

Petersburg, 17. Sept. Das heutige „Petersburger Journal“ sagt: Die Militärstrafen und die Blockhäuser, welche Ömer von Montenegro ausbedungen, seien unverträglich mit den Verträgen vom Jahre 1858. Die Regierung hoffe, die Grossmächte werden dem entgegentreten. Jedenfalls sei der russische Gesandte in Konstantinopel beauftragt, eine gemeinschaftliche Protestation zu provocieren, und wenn nötig, allein zu protestieren.

Paris, 16. Sept., Abends. Der „Constitutionnel“ sagt: Es sei vollständig ungenau, daß ein Minister-Conseil die Frage einer Auflösung der Kammer discutirt habe.

Mexico, 17. Aug. (per Nazaire). Der Gesundheitszustand der französischen Armee ist ausgezeichnet. Mehrere Pronunciamientos zu Gunsten der Franzosen haben stattgefunden. Zu Puebla ist in einem abgehaltenen Kriegsrath der liberalen mexicanischen Generale beschlossen worden, daß man neue Vorschläge beabsichtigt habe, wenn Forey mit diplomatischen Vollmachten versehen sei.

(Obige Depeschen haben wir unseren hiesigen Lesern in einem Extrablatt mitgetheilt. D. Ned.)

*) Der Abg. Stavenhagen hat zwar mehrere Amendments gestellt; wahrscheinlich aber ist das zweite - Stavenhagen - Sybel'sche Amendment gemeint, nach welchem vom Normalatavon 41 Millionen 4½ Millionen abgelehnt, und diese Absezung durch Einführung der zweijährigen Dienstzeit bewirkt werden soll. D. Ned.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Berliner Börse vom 17. Sept., Nachm. 2 Uhr. (Angelommen 5 Uhr 30 Min.) Staats-Schuldscheine 91½. Brämen-Anteile 128½. Neueste Anleihe 108½. Schlesischer Bank-Verein 98½. Oberschlesische Litt. A. 171. Oberschlesische Litt. B. 150½. Freiburger 138. Wilhelmsbahn 58%. Neisse-Brieger 83. Larnewitzer 50. Wien 2 Monate 78½. Oesterr. Credit-Aktien 85%. Oesterr. National-Anteile 65%. Oesterr. Lotterie-Anteile 72. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 126%. Oesterr. Banknoten 79%. Darmstädter 90. Commandit-Antheile 97½ B. Köln/Minden 182. Fried-Wilhelms-Nordbahn 64% B. Posener Provinzial-Bank 99. Mainz-Ludwigshafen 128. Lombarden 146. Neue Ruhre 92%. Hamburg 2 Monat 150%. London 3 Monat 6, 21½. Paris 2 Monat 80%. — Eisenbahnen beliebt.

Wien, 17. Sept., Mittags 12 Uhr 30 Min. Credit-Aktien 216, 50. National-Anleihe 83, 10. London 127, 10.

Berlin, 17. Septbr. Roggen: matt. Sept. 50%, Sept.-Okt. 50%, Okt.-Nov. 48%, Nov.-Dez. 47%. — Spiritus: niedriger. Septbr. 17%, Sept.-Okt. 17%, Okt.-Nov. 16%, Nov.-Dezbr. 16%. — Rübbi: null. Sept. 14%, Nov.-Dezbr. 14%.

Die Möglichkeit der Vermeidung des Conflicts.

Unter dieser Überschrift theilten wir gestern unseren Lesern in einem Extrablatt die obige Depesche über die neue Wendung mit, welche eine Erklärung des Kriegsministers der Militärdebatte gegeben hat. In der zwölften Stunde endlich scheint das Ministerium die Wiene zu einer Art von Nachgiebigkeit gemacht zu haben. Wir drücken uns außerordentlich vorsichtig und mit jedem möglichen Nachhalt aus, denn die Situation ist ganz darnach angethan, daß alle Hoffnungen auf eine Ausgleichung oder Vermittelung im nächsten Augenblicke auch schon wieder vernichtet werden können. Jedenfalls muß aber die Erklärung des Kriegsministers großen Eindruck gemacht haben, da unmittelbar nach derselben das linke Centrum sofort den Antrag auf Vertagung stellte, und andererseits die zwei Minister, welche von Seiten der Regierung einzige und allein in die Debatte eingriffen und mit Entschiedenheit die Organisation vertheidigten, an der Sitzung der Budget-commission Theil zu nehmen versprachen.

Unerwartet ist uns die Wendung gekommen, denn nach den mystrischen und äußerst merkwürdigen Worten des Finanzministers in der vorhergehenden Sitzung: „man möge von allen Seiten dahin wirken, daß nicht Umstände eintreten, unter denen irgend etwas geschehen müßt, was nicht gerade in der Verfassung geschrieben steht“, ferner: „das Haus möge nicht Anlaß geben, durch sein Votum Dinge herbeizuführen, welche ich (der Finanzminister) tief beklagen würde“ — nach diesen Worten, sagen wir, welche ganz nach einer Art von Staatsstreich klingen, war wohl in allen Parteien die Hoffnung auf eine mögliche Vermittelung vollständig auf Null reducirt. Um so besser, wenn das Ministerium der Entscheidendheit und der treuen Pflichterfüllung — Eigenschaften, welche das Abgeordneten-Haus ganz eben so für sich in Anspruch zu nehmen die Befugnis hat wie das Ministerium — einige Rechnung zu tragen scheint.

Wir sagten gestern: mit diesem Abgeordneten-Hause muß sich regieren lassen. Und in der That, trotz der scheinbar radikalen Maßregel des „Streichens“, d. h. der Sonderung des Extraordinariums vom Ordinarium und der vorläufigen Absezung des ersten hat das Abgeordneten-Haus doch wiederholt die Hand zur Vermittelung geboten,

hat es doch bei den wichtigsten Gesetzentwürfen des Ministeriums tatsächlich gezeigt, daß ihm nichts ferner liegt, als Alles, was den Anschein einer systematischen Opposition haben könnte. Wenn man sich erinnert, mit welchen Maßregeln das Ministerium die Wahl von mindestens neun Zehntausend gerade dieser Abgeordneten zu verhindern gesucht hat, wenn man sich erinnert, mit welchen Misstrauen gerade dieses Abgeordnetenhaus empfangen worden ist, so, denken wir, ist die Mäßigung nicht hoch genug anzuschlagen, welche es in den Verhandlungen mit diesem Ministerium fortwährend bewiesen hat.

„Die Völker wollen halt heute auch mit sprechen“ — sagte Franz II. auf dem wiener Congress verwunderlich zu Metternich. Seit dem ist ein halbes Jahrhundert verflossen, und es erregt heute Niemandes Verwunderung mehr, daß dieses „Mit sprechen der Völker“ im Laufe der Zeit immer lauter geworden und sich endlich Geltung und Anerkennung verschafft hat. Wenn sie aber heute verfassungsmäßig zum „Mit sprechen“ aufgefordert werden über jedes noch so unbedeutende Gesetz, so wird man ihnen wohl auch eine entscheidende Stimme zuerkennen müssen, wo es sich um Millionen neuer Ausgaben handelt. Wir erkennen in vollem Maße die hohe Bedeutung des einen Factors der Gesetzgebung, der Regierung, an; aber wir würden es unseren Vertretern arg verdenken, wenn sie bei einer jährlichen Mehrausgabe von neun Millionen sich nicht auch der hohen Bedeutung erinnerten, auf welche der andere Factor, das Volk, mit allem Rechte Anspruch macht.

Treten aber die Ansprüche und die Rechte sich so einander gegenüber, wie in der Militärfrage, so ist wohl das Natürlichste, daß die Nachgiebigkeit von beiden Seiten erfolgt. Somit wollen wir hoffen, daß der Schluß, den wir aus der obigen Depesche gezogen haben, durch eine neue Depesche nicht in das Gegenteil verwandelt wird.

Die preussische Antwort an Dänemark, von welcher wir im gestrigen Morgenblatt (unter „Abendpost“) bereits die Hauptpunkte mittheilten, ist vom 22. August datirt und lautet wörtlich, wie folgt:

„Wir haben gesagt, uns über die Gründung auszusprechen, welche das Leipziger Cabinet uns durch die Depesche vom 12. März hat zugelassen. Wir waren in der That genötigt, uns ernstlich zu fragen, ob und wo überhaupt die Fortsetzung eines Schriftwechsels noch nützen könnte, welcher statt zur Annäherung, vielmehr zu einer größeren Entfernung zu führen bestimmt scheint, weil die königl. dänische Regierung uns eine Neuauflage über ihre endlichen Absichten versagt. Auch jetzt wieder ist sie der Beantwortung der einfachen Frage:

ob sie den bindenden Charakter der Vereinbarungen von 1852 überhaupt und namentlich in Bezug auf Schleswig anerkenne und dieselben als Basis der fernerer Verhandlungen annehme, durch Erklärungen und Behauptungen ausgewiesen, welche zum Theil allgemeiner und unbestimmt Natur sind, zum Theil sogar in Widerspruch mit einander stehen. Denn, wenn der Herr Minister Hall im Eingange seiner Depesche zugibt, daß die Verhandlungen auch die „gleichberechtigte“ Stellung der Herzogthümer Schleswig und Lauenburg zum Gegenstande haben, welche doch der Natur der Dinge nach ohne Beziehung auf die Stellung der andern Theile der Monarchie gar nicht zu erbringen ist, wenn er ferner seine Befriedigung darüber ausspricht, daß Preußen an dem Uebereinkommen von 1852 festhalte, und es als selbstverständlich bezeichnet, daß Dänemark jede Verpflichtung erfüllen werde, und wenn er dennoch jedes Hervorbringen des Herzogthums Schleswig in die gegenwärtigen Verhandlungen für ungültig erachtet, so wissen wir diese Widersprüche nicht mit einander zu vereinigen.

Deshalb vermögen wir in der Mittheilung vom 12. März d. J. zu unserem lebhaften Bedauern keinen Schritt vorwärts auf dem Wege der Verständigung zu erblicken, und dürfen uns deshalb um so mehr eines näheren Eingehens auf ihren Inhalt enthalten, als wir es nicht für angemessen erachten können, oft widerlegte Behauptungen zu beleuchten und Vorwürfe noch besonders zurückzuweisen, deren Grundlosigkeit wir als anerkannt ansehen. — Letzteres gilt insbesondere von der auch diesmal wiederholten, aber höchstlich nun nicht mehr wiederkehrenden Behauptung, daß der deutsche Bund seine bündestrechtliche Kompetenz über ein nicht zu ihm gehöriges Land ausdehnen wolle. Unter diesem Vorwande jede Verhandlung mit dem Bunde über das Herzogthum Schleswig, auch die auf vereinbarter Grundlage beruhende und einen völkerrechtlichen Charakter tragende, abzulehnen, wird der königl. dänischen Regierung nicht gelingen.

Wir wollen indesten die Hoffnung auf einen gedeihlichen Erfolg der gegenwärtigen Verhandlungen auch jetzt noch nicht völlig aufgeben.

Da die königlich dänische Regierung bis jetzt auf den sachlichen Inhalt des Uebereinkommens von 1852 nicht eingegangen ist und uns ihre Auffassung von den zu definitiver Ausführung derselben nötigen Schritten nicht fundgegeben hat, so wollen wir versuchen, uns dem Ziele dadurch zu nähern, daß wir unsererseits jenen Inhalt näher beleuchten und die nach unserer Auffassung daraus hervorgehenden Anforderungen, welche sehr einfacher und klarer Natur sind, darlegen.

Wir werden hierbei nur in den einfachsten Zügen das Verabredete selbst und die daraus hervorgehenden wesentlichen Grundsätze und Bedingungen für die Ausführung hinzitzen. Nähtere Vorschläge über diese Ausführung selbst zu machen, können wir nicht für unsere Aufgabe erkennen. Wir halten aber an unserem unweisbaften Rechte fest, zu prüfen, ob die von der königl. dänischen Regierung gegebene oder gewollte Ausführung den vereinbarten Grundsätzen entspricht.

Die Vereinbarung des Jahres 1852 sagt eine selbstständige und eine gleichberechtigte Stellung der verschiedenen Theile der Monarchie für ihre besonderen Angelegenheiten zu, und verleiht gleichermaßen für die gemeinsamen Angelegenheiten eine organische und gleichartige Verbindung derselben zu einem Ganzen, in welchem kein Theil dem andern untergeordnet oder incorporate sein darf.

Hieraus folgt in unwidersprechlicher Weise, daß das Herzogthum Schleswig in keine nähere Verbindung mit dem Königreiche Dänemark gebracht werden darf, als mit dem Herzogthum Holstein, und daß keine Einrichtung getroffen werden darf, durch welche die Regierung oder die Vertretung des Königreichs auf die inneren und besonderen Angelegenheiten des Herzogthums Schleswig irgend einen Einfluß gewinnen könnten.

Es folgt ferner daraus, daß dem Herzogthum Holstein sein vollberechtigter Einfluß auf die gemeinsamen Angelegenheiten nicht entzogen und seine Einrichtung an denselben nicht auf einzelne Theile der Gesetzgebung oder die Vertretung einzelner Beitragsquoten beschränkt werden darf, sondern daß seine Berechtigung in Bezug auf die Feststellung des gemeinsamen Budgets sowohl als in Betrieb aller gemeinschaftlichen Gesetze und Maßregeln dieselbe sein muß, wie die der anderen Landesteile.

Dasselbe gilt natürlich vom Herzogthum Schleswig, und diese Forderung auch für dieses Herzogthum gelten zu machen, sind wir, abgesehen von der Rückwirkung, welche seine Stellung auf die Stellung Holsteins mit Notwendigkeit ausüben muß, schon durch den Wortlaut des Uebereinkommens berechtigt.

Es ist weiter eine notwendige Folgerung aus den obigen Grundsätzen, daß bei denjenigen Einrichtungen, welche die organische Gemeinschaft vermitteln und wahren sollen, jedes Prinzip ausgeschlossen werden muß, welches, wie das der bloßen Volkszahl, die Selbstständigkeit der einzelnen Länder als solche aufhebt, und die Entscheidung in einer numerischen Majorität verlegt, wie sie nur in einem Einheitsstaate berechtigte Bedeutung haben könnte. Welcher Art auch die Gesamtverfassung sei, sie wird immer ein Correctiv enthalten müssen, durch welches die einzelnen Länder gegen eine solche Benachtheiligung durch eine ihnen fremde Majorität geschützt werden.

Dieselben Grundsätze sind auf die centrale Leitung der Verwaltung anzuwenden. Das Ministerium darf in keinem anderen Verhältnisse zu dem Königreiche als zu den Herzogthümern stehen, und den letzteren gegenüber

Erbedit: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Donnerstag den 18. September 1862.

leine geringere Verantwortlichkeit haben, als gegenüber dem ersten. Auf die Benachtheiligung, welche die Herzogthümer durch eine Doppelstellung der dänischen Minister erleiden würden, hat schon die österreichische Depesche vom 26. Dezember 1851 hingewiesen, und wir müssen darauf außer Atem machen, daß es der Natur der Dinge und dem Geiste der vorliegenden Verabredungen zufolge läuft, wenn einer von den Theilen der Monarchie in dieser centralen Leitung entweder gar nicht oder nicht durch ein ihm selbst kraft seiner Stellung und seiner persönlichen Interessen angehöriges Organ vertreten wird, wie Holstein und Lauenburg eines solchen nun schon seit langer Zeit entbehren.

Auch in dieser Beziehung stehen Schleswig durchaus dieselben Rechte wie Holstein zu. — Schleswig darf so wenig als Holstein die Stellung einer dänischen Provinz bekommen — ein Ausdruck, dessen wiederholt versuchter Gebrauch in Bezug des Herzogthums Schleswig als ein durchaus unzulässiger zurückgewiesen werden muß.

Wir erinnern die königl. dänische Regierung ferner daran, daß die organischen Einrichtungen auf gefest- und verfassungsmäßigem Wege, d. h. durch die beratenden Provinzialstände der Herzogthümer Schleswig und Holstein, durch Beschlüsse des dänischen Reichstages und durch die Mitwirkung der lauenburgischen Ritter- und Landschaft herbeigeführt werden sollen.

Wir erinnern endlich daran, daß die nicht-politischen Gemeinsamkeits-Verhältnisse der Herzogthümer Schleswig und Holstein bei den Verhandlungen ausdrücklich gewahrt sind, daß hierbei auf die Stellung der Universität Kiel noch besonders Bezug genommen, und daß zugleich der deutschen sowohl wie der dänischen Nationalität gleiche Berechtigung und kräftiger Schutz zugesagt ist.

Dies ist im Wesentlichen der sachliche Inhalt der Vereinbarung von 1852.

Wie wenig der gegenwärtige Zustand jetzt, nach 10 Jahren, denselben entspricht, ja, wie er ihnen zum Theil zuwiderläuft, das im Einzelnen nachzuweisen, wird man uns erlauben. Die faktische engere Verbindung Schleswigs mit dem Königreiche; der überwiegende Einfluß, welcher dem letzteren dadurch gestattet wird; die Unterordnung, in welcher Holstein in Bezug der gemeinsamen Angelegenheiten und namentlich in Bezug auf das Budget gehalten ist; die systematische Verstörung aller natürlichen und nachbarlichen Verbindungen zwischen Schleswig und Holstein; die Nichtachtung der Beschlüsse über die Universität Kiel; die Überfüllung des Herzogthums Schleswig mit dänischen Beamten in der Verwaltung, mit dänischen Geistlichen in Kirche und Schule, so wie der ganze Geist der Administration in diesem Herzogthum; endlich die Bedrohung der deutschen Nationalität und die Verleugnung alter wirklichen und realen Verhältnisse durch die Aufrechterhaltung des Sprach-Edicts, sind Thatsachen, welche öffentlich zu Tage liegen, und für welche die Beweise in Jedermanns Händen sind.

Und welcher, auch nur formale Rechtsbehelf kann den Gesamtvertrag von 1852 begegnen, die eingeholt worden ist, nachdem nur der dänische Reichstag, von dem eine frühere Vorlage verworfen war, darüber Beschluss gefaßt hatte, während die Stände der drei Herzogthümer, den Verabredungen von 1852 zuwider, darüber nicht gehört, ja auch in den Provinzial-Verfassungen die mit den gemeinsamen Angelegenheiten zusammenhängenden Paragraphen ihrer Verathung und Begutachtung ausdrücklich entzogen worden waren?

Wir sind also in unserem vollen, durch gegenseitiges Uebereinkommen verborgten Recht, wenn wir von der königlich dänischen Regierung fordern, daß sie ernsthafte Schritte thue, um einen jenen Grundzügen entsprechenden Zustand herbeizuführen, und daß sie, bis dies gelungen, wenigstens dasjenige vermeide oder wieder aufhebe, was in directem Widerspruch mit demselben steht.

Hier folgen die vier von uns bereits mitgetheilten Punkte; dann fährt Graf Bernstorff fort:

Der Herr Minister Hall wird uns nicht den Vorwurf machen können, daß wir „beliebigen Neuerungen in dem vorausgehenden Schriftwechsel“ eine Gültigkeit beilegen, welche nur dem Uebereinkommen selbst gebürtig. Die von uns angestrebten Neuerungen bilden eben das Uebereinkommen selbst; und nicht minder als ihr Wortlaut macht der Geist und Zweck der Vereinbarung unjäre Aufsicht derselben zur Notwendigkeit. Dieser Zweck war kein anderer, als ein für beide Theile annehmbares Äquivalent für einen althergebrachten Zustand zu finden, dessen Fortdauer den neuen Zeitumständen und der Verwandlung der absoluten Monarchie nicht entsprechend schien. Dieser alte Zustand wurde in der Erklärung Sr. Maj. des Königs Christian VIII. vom 7. September 1846 dabin bezeichnet, „daß beide Herzogthümer (Holstein und Schleswig) bis auf Holsteins Eigenschaft als Bundesstaat und die abgesonderte Ständeversammlung, neben dem Socialnatur des schleswig-holsteinischen Ritterstaats, bei gemeinsamer oder gleichartiger Gesetzgebung und Verwaltung, sowie Verfassungsgleichheitlichkeiten eines jeden der beiden Herzogthümer hiervom keine Ausnahme machen, alle öffentlichen Rechtsverhältnisse mit einander gemein haben.“

Glaube die königlich dänische Regierung, daß Deutschland zugleich auf diesen altbegündeten Zustand und auf die als Erstes dafür gebotenen Befreiungen verzichten werde? Oder kann durch die zugelassene Lösung des engen Bandes, welches bis dahin die Herzogthümer Holstein und Schleswig mit einander verknüpft, irgend eines der von jener Verbindung unabhängigen Rechte aufgehoben werden, welche den beiden Ländern selbst oder Dritten in Bezug auf dieselben zustehen?

Ihre Stellung in der Monarchie sollte allerdings eine veränderte werden; aber daß sie keine schwämmere, daß sie dies namentlich nicht dem Königreiche gegenüber werden sollte, das liegt in der Natur der Dinge, und das sollten die Feierlichungen von 1852 dauernd währen.

Wir müssen wir endlich noch besonders daran erinnern, daß die beiden deutschen Großmächte für sich in diesen Bürgschaften zugleich die Rechtsfestigung fanden für ihre Thellnahme an völkerrechtlichen Verhandlungen über die gemeinsame Erfolge in der Monarchie, auf welche die königl. dänische Regierung so großen Werth legte?

Wir haben nur noch zwei kurze Bemerkungen hinzu zu führen. In Bezug des provvisorischen Zustandes in den Bundes-Herzogthümern Holstein und Lauenburg muß als selbstverständliche vorausgesetzt werden, daß für diesen die Bundesbeschluß vom 8. März 1860 und 7. Februar 1861 maßgebend bleiben, und daß über derselben eben so wenig eine Transaction stattfinden kann, als eine weitere Verhandlung über Sinn und Ausführung erforderlich ist. Der Sinn ist klar, die Ausführung liegt

und zur Regelung der Sprachenverhältnisse ein Gesetz mit den Ständen Schleswigs vereinbart werde.

Preußen. Landtags-Verhandlungen.

28. Sitzung des Hauses der Abgeordneten (16. Sept.). (Schluß).

Bor der Abstimmung über den Schluß macht der Abg. v. Mallindrodt darauf aufmerksam, daß noch ein Antrag des Abg. Plasmann vor Schluß der Diskussion eingegangen sei. Derselbe lautet: 1) die Verhältnisse der Militärverwaltung pro 1862 festzustellen auf die nach den Beschlüssen des Hauses für die laufende Verwaltung und die einmaligen Ausgaben ermittelten Summen; 2) unter Abziehung des Mehrbeitrages des Voranschlauges für die Kriegsbereitschaft, resp. für die Neorganisation die Beischlußnahme über die bereits erfolgte weitere Herausgabe des Extraordinariums für die Kriegsbereitschaft und deren Deduct bis dahin auszulegen, daß die königl. Staatsregierung die etwa beabsichtigte Neorganisation der Armee aus ein mit der Landesvertretung vereinbartes Gesetz über die Verschuldung zum Kriegsdienste begründet hat, und darauf auch der Etat pro 1863 vereinbart ist. (Der Präsident verliest auch die Motive.) Präsident Grabow erläßt, dieser Antrag verhindre seines Erachtens den Eintritt in die Spezialdiskussion nicht, er werde denselben am Schlusse der Spezialdebatte zur Abstimmung bringen. Abg. Plasmann bittet, auch ihm das Wort in der Spezialdebatte bei der ersten Position, seiner Abziehung die Commission beantrage, zu gestatten. Präsident Grabow: Er wolle abwarten, ob der Abg. Plasmann sich rechtzeitig zum Wort melden werde.

Der Plasmann'sche Antrag wird (laum) ausreichend unterstützt. Der Schluß der Generaldebatte wird angenommen.

Präsident Grabow: Er werde nach dem Vorlage des Referenten dem Abg. Reichenberger das Wort zur Begründung seines Antrages ertheilen.

Abg. Baron Baerst: Es kommt besonders darauf an, wie die Majorität der Commission zu ihren Vorschlägen gekommen sei. Die königl. Staatsregierung habe sich moralisch verpflichtet, im Jahre 1860 ein Gesetz zum Abschluß dieser Frage vorzulegen; dasselbe sei zurückgezogen und das Haus habe erwartet, daß gegenwärtig ein Gesetz vorgelegt werden würde; es habe sich getäuscht und es habe nur die Befürchtung, daß im nächsten Jahre das Gesetz werde vorgelegt werden. Aber auch da sei es noch nicht zu erwarten, denn der Etat für 1863 solle ebenfalls berathen werden, ohne Gesetz. Man stehe also jetzt ebenso, wie im vorigen Jahre (sehr richtig); wir müssen gerade so in das nächste Jahr uns wieder ohne Gesetz hinausdrücken, wie es seit mehreren Jahren der Fall gewesen ist.

Die Finanzfrage wird von uns nicht, wie man glaubt hat, durch eine dunkle Brille angesehen, sondern mit klarem und festem Blick. Wir freuen uns, daß die Finanzen so stehen, aber gerade in dieser Freude liegt auch die Pflicht der Vorsicht, sie in der Weise zu erhalten sehr richtig; wir glauben nicht, daß in dieser Neorganisation und deren Consequenzen, wie sie in der ersten Beilage zu dem Berichte ausgeführt sind, eine Sicherung der Finanzen, wie wir sie zu des Landes Wohlfaht wünschen, erzielt ist. Das ist der Grund, warum wir — nicht einstellig, sondern übereinstimmend — in der ganzen Commission dahin gebrängt worden sind, daß wir uns auf den Rechtsstandpunkt stellen, um die Rechte des Hauses und des Landes zu wahren. (Bravo!).

Es ist von allen Seiten und von allen Rednern, wie auch im Commissions-Bericht auf die klarste und unumwundenste Weise der Weg angedeutet und die Hand gereicht worden, um einen endgültigen Abschluß zum allgemeinen Frieden herbeizuführen. Die königl. Staatsregierung hat heute noch auf das allerentwickeltesten erläßt, daß sie eine solche Handreichung unsererseits nicht annehmen könne, weil es ihre Pflicht sei, auf ihrer Ansicht zu beharren. Hört! hört! (Hör! hört!)

Meine Herren, es wird von allen Seiten von Pflichterfüllung gesprochen. Nun, gestatten Sie auch der Majorität, daß sie ihre Pflicht erfülle! Ein jeder von Ihnen — und ich glaube auch die Staatsregierung selbst — wird überzeugt sein, daß wir nach Pflicht und Gewissen, nach ehrlicher und richtiger Prüfung unser Votum abgeben und unsere Position gefaßt haben. (Bravo!) Gerade auf diese Weise glauben wir unsere Pflicht der Krone, der Regierung und dem Lande gegenüber würdig und ernst zu erfüllen. (Bravo!) Wir haben alle ein Ziel, auf welcher Seite des Hauses wir auch sitzen — das ist, die Wohlfaht, die Größe und die Freiheit unseres Vaterlandes zu erwerben und zu erhalten. (Bravo!). Jeder von uns wird, wenn es nötig werden sollte, gemäß mit Freuden sein ganzes Ich einzegen für die Wohlfaht unseres Landes, für welche viele von uns schon auf anderen Stellen gestanden und bewiesen haben, daß sie darf mit ganzer Hingabe einzutreten müssen. (Bravo!). Ebenso würden wir auch jetzt wieder handeln, aber in diesem Augenblick könnten wir nicht anders, als nach Pflicht und Gewissen das zu verlangen, was die ganze Militärfrage zu einer gerechten Regelung führt.

Die Beziehungen zu dem Gesetz vom J. 1814 sind bereits so ausführlich und gründlich erörtert, daß ich mich auf wenige Bemerkungen beschränken kann. Es ist gefaßt worden, das Gesetz von 1814 werde durch die Neorganisation in keiner Weise angefasset und berühr't. Ja, meine Herren, wenn ein Gesetz erst die Feuerprobe des Krieges bestehen soll, dann sieht es sehr eigenhümlich damit aus; ein Gesetz über die Wehrverfassung des Landes soll auch jetzt schon zeigen, daß es halbtot ist für alle gegebenen Verhältnisse. Schlachten nehme ich aus; da hören die Gesetze auf; da wird es keinem einfallen, mit der Gesetzmäßigung in der Hand, an einzelne Paragraphen zu erinnern. (Der Redner führt dann im Einzelnen aus, daß bei einem im Jahre 1863 oder 1864 ausbrechenden Kriege die Erfahrungsmethoden für die neuen Regimenter aus den Landwehrmannschaften genommen werden müßten, wenn man nicht Retracten nehmen wolle, und damit werde der Kriegsminister selbst nicht einverstanden sein. Auch die nach dem Gesetz von 1819 gegründete Landwehr-Cavallerie könnte doch nicht ohne ein neues Gesetz aufgeboren werden.) Das sind doch alles Fazit, welche nahe liegen und immer mehr und mehr dahin drängen, klar zu zeigen, daß das Einzige und alleinige, welches zum Heil des Ganzen führt, ein reglementarisches Gesetz ist.

M. H. ich will Ihre Geduld nicht mehr in Anspruch nehmen; es sind viel ernste Worte gefallen, weil ernste und schöne Mahnungen, und ich habe sie alle fest in mein Herz aufgenommen; aber, meine Herren, glauben Sie mir, ich kann auf alle diese Mahnungen mit einer wirklich männlichen und offenen Verfassung antworten. Wenn Sie darauf hinweisen, was in Zukunft kommen kann, so glauben Sie, m. H., wir haben Alles, und jeder in sich, ernstlich und streng erwogen. Es sind keine leidenschaftliche Parteien, die hier ihr Votum abgeben, sondern ernste Männer, welche sich ganz klar gemacht haben und es wohl fühlen, daß sie ihre Pflicht gegen das Land erfüllen müssen. Eine Pflichterfüllung, wie mein geehrter College Westen ausgeführt hat, nach einem Ausspruch des Cicero ist nicht etwas Ideales;

Der Meineid.

(Aus „Kriminalgeschichten“, von Karl v. Holtei. Breslau, Verlag von Ed. Trewendt. 1862.)

(Fortsetzung.)

Glücklicherweise griff der Doktor energisch ein und stellte das Gleichgewicht wieder her. Als sie die Gerichtsstube verließen, wußten sie so viel: Engelrost hatte dem Hill'schen Ehepaare fünftausend Thaler zu dessen neuer Einrichtung baar vorgestreckt, hatte aber den über dieses Darlehen ausgestellten Schuldchein verloren, verlegt, oder — was bei seiner musterhaften Ordnung in Geschäftsanlegenheiten noch wahrscheinlicher klang — dieses wertvolle Papier war ihm entwendet worden. Wer konnte ein größeres Interesse dabei haben, es beseitigt oder vernichtet zu wissen, als der Schuldner? Auf diesen fiel denn auch der dringendste Verdacht. Nicht er persönlich, wohl aber dessen Gattin, die unserem Arzte und unserem Pastor bekannte Laura, hatte nach Engelrost's genau artikulirter Angabe, einen Besuch bei ihm gemacht, um Prolongation des abgelaufenen Scheines zu bitten. Diese hatte er ihr (bedingungsweise!) — worüber er sich nicht umständlicher auslassen wollte — zugelegt — und nachdem sie sich entfernt, war auch jenes Document verschwunden gewesen. Madame Hill leugnete vor Gericht ganz entschieden, nicht nur das Blatt entwendet, sondern sogar die Möglichkeit, ein solches Verbrechen begangen zu haben, und letzteres aus dem höchst einfachen Grunde, weil das Darlehen noch gar nicht erfolgt, folglich auch noch gar kein Schuldchein ausgestellt gewesen sei. Eben so wenig gab sie zu, jemals Engelrost's Wohnung betreten zu haben. Diese letztere Behauptung verwickelte sie in Widerspruch mit der Aussage ihres Gatten, der eine Stunde vorher schon

eine Pflichterfüllung nimmt einen ganzen Mann, das ganze Ich in Anspruch, da ist Alles fern von Idealismus (Bravo). Das ist das wirkliche wahrhaft männliche Leben! (Bravo).

M. H., über die Geschichte der Einzelnen und über die Geschichte der Menschen und der Nationen freuen oft im Leben Schatten und Nebel dahin, und gerade unter solchem Schatten und solchem düsterem Licht zeigt es sich, ob der Mann von Stahl ist und die Nation etwas Utlitziges in sich trägt, um sich nicht selbst aufzugeben (Bravo).

M. H., wie es Gott der Herr über die Zukunft unseres heuren Vaterlandes verhängt und will, so glaube ich, werden wir auch die Schatten tragen, und nach dem Schatten wird das klare Licht hervorleuchten. M. H., ich ersuche Sie, mit möglichster Einstimmigkeit für die Anträge Ihrer Commission zu stimmen (Beschluß).

Finanzminister v. d. Heydt: Der Referent habe gesagt, daß die Regierung die dargebotene Hand zurückgewiesen habe; er wolle nur constatiren, daß er weder eine dargebotene Hand erblidet, noch zurückgewiesen habe.

Es wird nunmehr in die Spezial-Discussion eingetreten und die Beratung des Reichsgerichts Präjudicial-Antrages mit der Beratung des Tit. I. der Einnahme verbunden. (Bei diesem ersten Titel bereits tritt die Sonderung der durch die Neorganisation motivirten Ziffern heraus, in dem 20,854 Thlr. an Pensionsbeiträgen von den in Folge der Neorganisation neu angestellten Gehältern in dem ersten Einnahme-Titel auftreten. Die Abstimmung über die Absonderung dieser Summe ist also eine principielle.) Der erste Redner ist:

Abg. Reichenberger (Geldern) gegen die Einnahme-Position (zu Anfang wegen der Unruhe des Hauses unverständlich). Er lenne nur eine Voraussetzung, unter der er mit der Majorität stimmen könne, wenn nämlich die Staatsregierung es ablehnen würde, die Indemnität pro praeterito nachzufinden, wie aus den Erklärungen des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten fast hervorgehe.

Denn er halte es zunächst für eine Pflicht jedes Mitgliedes des Hauses, das Recht des Landes zu schützen. Die Be schwerden der Opposition seien nicht unbegründet, ihre Anträge aber unpolitisch. Sein Antrag beabsichtigt die obwaltenden Differenzen zu vermittelnd und gleichzeitig ein wichtiges Verfassungsprincip praktisch zur Entscheidung zu bringen. Denn nicht in rein formeller, theoretischer Weise, sondern in concreto muß man derartige Fragen lösen. — Die Stellung der Opposition gegen die Regierung sei eine formell und materiell berechtigte. Die Ansicht der Staatsregierung, die Neorganisation als eine abgemachte Sache zu betrachten, sei ungrundet. Auf seinen Antrag seien im Jahre 1860 die Mittel zur Aufrechterhaltung der „einstweiligen“ Kriegsbereitschaft bewilligt worden. Vor einer dauernden Kriegsbereitschaft Preußens solle doch wohl nicht die Rente sein. Die Regierung wolle nun aber eine definitive Friedensorganisation daraus machen; sie habe auch immer versichert, dem Hause solle dabei seine verfassungsmäßige Mitwirkung nicht beeinträchtigt werden. — Die Mitglieder des Hauses seien die nächsten Sachverständigen zur Prüfung der Zweckmäßigkeit der Neorganisation. Und die Regierung könne diese Auffassung um so weniger für einen Irrthum halten, als es ihr nicht gelungen sei, das Land über diesen Irrthum zu überzeugen. (Bravo). Darüber seien wohl alle Parteien im Hause einverstanden, mit Ausnahme vielleicht des Hrn. v. Gottberg, welcher eilläufig habe, die Familien freuten sich darüber, wenn ihre Söhne in die Arme traten. Das Haus sei verpflichtet, die Meinung des Landes zur Geltung zu bringen und die einseitigen Anordnungen der Regierung zu prüfen. Die letztere könne dieselben nicht als vollendete Thatade wie ein ordentlich zu Stande gekommene Gesetz ansehen. — Herodot sagt: „Nedes Volk ist nicht frei geblieben, das nicht „Nein“ zu sagen versteht.“ Allerdings sei es leichter „ja“ zu sagen als „nein“. Es handle sich aber hier um Geltendmachung des wesentlichsten Rechts der Landesvertretung. Man habe zwei Jahre lang wegen Regelung der Amtstellung der Richter gewartet, und diese sei doch wohl wichtiger, als die Amtstellung von Offizieren, mit der man also häufig auch hätte warten können (Bravo). Die früher 15 Stimmen der Opposition seien durch die Wahlen fast vergrößert worden, und darauf habe die Regierung mit Aufnahme des Extraordinariums in das Ordinarium geantwortet. — Die Opposition sei durch diese Provocation in eine Stellung gelangt, die eine Verständigung fast unmöglich mache. Sie sei aber noch weiter gegangen und habe sich gewissermaßen als eine Art Nebenparlament constituit und ihre Befreiung gefaßt ohne Rücksicht auf die andern Fraktionen. Sie stehe wie Sydow, „auf ihrem Schein“, ohne zu berücksichtigen, daß sie sich nicht einer Leide, sondern einem lebendigen Leibe, der Armee, gegenüber befindet, ohne die tatsächlichen Verhältnisse zu berücksichtigen.

Es kommt doch zunächst darauf an, welchen Inhalt die gemachten Voraussetzungen hätten; das Streichen allein sei doch in Wirklichkeit nicht die Ansicht der Opposition. Wenn gesagt worden, das Ministerium müßte die Neorganisation rückgängig machen oder das Haus auflösen, so besteht die die Richtigkeit dieser Alternative. Auch die anderen Factoren der Gesetzgebung seien zu berücksichtigen. Das Haus könne nicht allein maßgebend sein. Wenn man sage, die Frage müsse entschieden werden, aber im Sinne der Majorität des Abgeordneten-Hauses, so leugne man damit das verfassungsmäßige Verhältnis dieser Gewalten. Wohl wiße er, daß man durch das verfassungsmäßige Recht der Budgetverweigerung seinen Willen praktisch zur Geltung bringen könne; das sei aber eben ein Missbrauch dieses Rechts. — Am 14. Januar und 19. Mai habe das Haus das Recht gehabt, der Fortsetzung der jetzt zu streichenden Ausgaben zu widersprechen. Von diesem Rechte habe das Haus keinen Gebrauch gemacht, und dadurch sei es desselben verlustig geworden. Wenn die Verfassung sage, daß die Einnahmen auch ohne Budget fortgehoben werden sollen, so liege darin auch das Fortbestehen der Beamtenorganisation und deren Leistungen. — Daraus folge nun aber auch, daß ein Unterschied sei zwischen Ordinarium und Extraordinarium, zwischen dauernden und einmaligen Ausgaben. Wenn eine Landesvertretung eine einmalige Billigung gemacht habe, so sei die die Fortsetzung dieser Ausgaben nur denkt, wenn eine nachträgliche Genehmigung beider Factoren der Landesvertretung herbeigeführt werden sollte. Wenn er die Wahl habe zwischen dem Sache; ohne Budget müßte Ordinarium und Extraordinarium aufhören und dem andern Sache (der „Sternzeitung“); beide sind fortzuerheben, so würde er sich lieber dem zweiten anschließen, als daß nunmehr auch die Ausgaben in ordinario, welche ihm auf einer Pflicht der Staatsregierung zu berufen schienen, unterbleiben sollten. — Ein Theil der Neorganisationskosten sei als dauernde Ausgabe zu betrachten.

Die Staatsregierung müsse wählen zwischen der zweijährigen Dienstzeit und dem früheren Zustande, mit der Ausdehnung der allgemeinen Dienstpflicht müßte die Dienstzeit verlängert werden. Nach den gegebenen Ausführungen sei also das Ordinarium vom Extraordinarium zu trennen und für letzteres die Indemnität seitens der Regierung nachzusuchen. Sein Antrag biete dieselbe der Regierung aber keineswegs an, sondern enthalte deutlich das Gegenteil: die Regierung sollte die Indemnität nachsuchen. — Entweder erkenne die Regierung diese ihre Verpflichtung an, dann sei sie den

Wünschen aller Parteien nachgekommen, oder sie thue dies nicht, dann habe die Opposition einen bestimmten praktischen Rechtsboden. Redner schließt: Die Armee müsse zur Einsicht gelangen, daß es auch andere Interessen im Staate gebe außer ihr, und daß ihrer Ausdehnung eine Grenze geboten sei in der Finanzlage des Staates, sonst gleide der Staat dem Manne, der sich eine gewaltige Steuere angeschafft, daß er sie nicht zu schwingen vermöchte. Untererhöts müsse aber auch das Land der Armee, von der es Schutz erwartet, vorbereitet die zu ihrer kräftigen, machtvollen, dem Auslande imponirenden Gestaltung erforderlichen Mittel entgegen tragen, damit die Einsicht zur Wahrheit werde, zwischen Beiden! Das walte Gott! (Bravo von einem Theile der katholischen Fraktion.)

Finanzminister v. d. Heydt: Der hr. Vorredner hat wiederum darauf Bezug genommen, daß das Budget bisher immer erst nach Beginn des Etatsjahres eingereicht worden (2). In dieser Zwischenzeit hat die Verwaltung bisher unter Zustimmung des Hauses nicht Aufstand genommen, nach bestem Gewissen vorläufig nach dem bestehenden Etat die Verwaltung fortzuführen. Der Nebelstand ist vielfach empfunden worden, aber bisher war vom Hause nie ein bestimmter Antrag ausgegangen; die Regierung selbst vielmehr hat die Initiative ergriffen, um ihm in Zukunft vorzubeugen. Es scheint mir, daß bei dieser Debatte hierauf zu wenig Rücksicht genommen ist. Es ist damit damit das wünschteste Mittel gegeben, Befreiungen vorzubeugen. Man ist vielfach geneigt für die Vergangenheit eine Sühne einzutragen zu lassen; man erkennt an, daß, wie die Dinge lagen, die Regierung unmöglich unthalig bleiben konnte; sie mußte die Neorganisation, wie sie am Schluß des Jahres stand, bis dahin fortführen, bis die Landesvertretung über den nächsten Etat Beschuß gefaßt haben würde. Der Abgeordnete Reichenberger hat seinerseits in überzeugender Weise ausgeführt, daß die Regierung nicht anders versuchen konnte, als sie gethan. Nun beansprucht er, daß die Regierung es für ihre Pflicht erkenne, die nachträgliche Genehmigung einzubauen; die Regierung hat bei dem Anfang der Discussion ausdrücklich anerkannt, daß sie der nachträglichen Zustimmung bedürfe und es ist dieser Zustimmung Gelegenheit gegeben, durch die Vorlegung des Etats auf Grund der allerhöchsten Ermaßigung. In dem Antrage des Hrn. Abgeordneten selbst ist ein Unterschied gemacht, auf den ich mit ein paar Worten zurückzukommen muß. Wenn der Beschuß nicht gefaßt wird, so dürfte von dem Extraordinarium nichts weiter ausgegeben werden. Natürlich liegt nach einem solchen Beschuß die Sache wesentlich anders; aber dagegen möchte ich die Finanzverwaltung vertheidigen, daß von dem Moment an kein Thaler weiter verausgabt werden könnte. Ein großer Theil dererjenigen Summen, die unter dem Extraordinarium stehen, ihrer Natur nach zum Ordinarium gehörten, beispielweise die Summen für Fluss- und Hafen-Regulierung, kann nicht bestanden werden, ohne die wichtigsten Interessen zu verletzen. Die Linie der Unterscheidung kann nicht so scharf gezogen werden, obwohl ich zugebe, daß sie von der Regierung beachtet werden muß. Wenn wir so anerkennen, daß die nachträgliche Zustimmung nötig sei, so gebe ich der ernstesten Ermaßigung anheim, ob das hohe Haus für 1862 die Zustimmung für diejenigen Summen, die im guten Glauben verausgabt sind, ertheilen, und ob es auch für 1863 den Voranschlägen der Regierung beitreten will.

Der beantragte Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Abg. v. Kirchmann. (Die Bänke des Hauses sind leer; im Hause herrscht lebhafte Unruhe.) Der Redner führt aus, daß er mit seinem Nein, welches er aussprechen werde, die Neorganisation verhindern wolle. Man müsse sich klar und offen aussprechen, denn man spreche nicht blos vor dem Hause, sondern vor dem Lande. Wenn man die erste Erklärung der Regierung annehme, ist sie berücksichtigt, was heute der Finanzminister eilläufig habe, so laufe dies in der That darauf hinaus, daß das einmal Geschehene nicht mehr zu ändern sei, und daß die Reg. im guten Glauben gehandelt habe. Diese beiden Hauptgründe der Reg. fänden offenbar auf den Etat pro 1863 keine Anwendung. Sollte die Reg. noch Gründe für 1863 haben, so sei es aufzuhallen, daß sie dieselben nicht mittheile; dies erregt Zweifel über ihre Stichhaltigkeit; habe sie keine Gründe, so folge daraus, daß sie der Streitung nichts entgegenzusetzen habe. Es würde deshalb besser sein, wenn die Reg. für den nächsten Etat eine Erklärung abgegeben hätte. Vielleicht habe sie die Absicht, den Etat für 1863 zurückzuziehen, aber darüber ziehe die Erklärung. Sollte die Mitglieder dieses Hauses seien gewählt worden wegen ihrer Ansicht in der Militärfrage, und wenn das Haus also jetzt eine Ansicht ausspreche, so sei dies eben die Ansicht des Landes. Die Reg. habe gesagt, daß die Neorganisation nothwendig sei zur Wehrhaftigkeit des Landes; das sei eine einseitige Ansicht der Reg., die vor der Volksvertretung nicht getheilt werde. — Der Redner spricht, so weit man vernehmen kann, über die Anstrengungen, welche für die Preßfreiheit, für Einführung der Schwurgerichte gemacht seien; er erinnert daran, daß ein hoher Blatt einst eilläufig, die Verfassung solle kein bloßes Blatt Papier sein. So sei es auch mit der Militärfrage; diese habe den Grundgedanken, der aus dem Volke hervorgegangen. Der Redner befürchtet die Verhältnisse Englands und Frankreichs. Die Unruhe und Unaufmerksamkeit im Hause mehrt sich so sehr, daß auch nicht ein zusammenhängender Satz seiner Rede mehr zu verstehen ist. Er geht alsdann auf die früheren Vorgänge ein und scheint das frühere Abgeordnetenhaus zu rechtfertigen. Er bewillige alles, was zur Erhaltung der Armee nothwendig sei, er wolle nur das absagen, was Neues hinzugekommen sei. (Der Redner schließt unter dem lebhaftesten Privatgespräch, seine Schlüsse bleiben vollkommen unverständlich.)

Präsident Grabow bittet, die Generaldiscussion nicht wieder in die Spezialdiscussion hineinzutragen und bemerkt, daß es wünschenswert sei, die Generaldebatte nicht zu früh zu schließen, da er den Rednern, die neue Gesichtspunkte anzuführen hätten, wie der Vorredner, das Wort nicht abnehmen könne. — Der Schluß der Debatte wird beantragt und genehmigt.

Abg. v. Gottberg (persönlich): Er habe nicht gesagt, die Familienväter seien es gerne, daß ihre Söhne in die Armee treten, da sie nicht wünschen, was sie sonst mit ihnen anfangen sollten. Dies ergibt der stenographische Bericht. Nach einer kurzen Replik des Abg. Reichenberger (Geldern) befürwortet der Referent den Commissionsantrag. — Hier folgt nun die Abstimmung, die wir im gestrigen Mittagblatt mitgetheilt haben.

Berlin, 16. Sept. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allerhöndigst geruht: Den Prediger Breithaupt zu Lindow zum Superintendenten der Diözese Graye-Lindow zu ernennen; sowie dem Kaufmann und Hüttenbesitzer Louis Sachs zu Guttentag den Charakter eines königl. Hof-Commissariates; und dem Photographen Herrmann Günther hieselbst das Prädikat eines königl. Hof-Photographen zu verleihen. (St.-A.)

** Berlin, 16. Sept. [Die Ansicht des Königs. — Eine unglaubliche Geschichte. — Der Exkönig von Neapel.

Wagen saß, vertiefte er sich in allerlei Betrachtungen über die Zulässigkeit des Eides, welchen der Richter ihnen heute abgesondert, und welchen er mit seinem theologischen Gewissen nicht verträglich fand. Eigentlich, äußerte er, ist es doch nur schwere Menschenfurcht

Beerdigung. — Verbrechen.] In den Kreisen, die mit den Anstalten des Königs bekannt sein können, erzählt man sich als etwas Ausgemachtes: daß der König bei den Forderungen nach wie vor beharre, welche dem Hause rücksichtlich der neuen Militärausrüstungen vorgelegt sind, und daß in dieser Hinsicht durch seine Reise nach Karlsruhe keine Modifikationen eingetreten seien. Demungeschickt soll an einer Auflösung des Hauses nicht gedacht werden. — Dem „Franks. Z.“ wird vom Rhein unterm 14. Sept. folgende von guter Hand kommende Nachricht mitgetheilt: „Eine Anzahl Generale in Berlin hatte beabsichtigt, den Herzog Ernst von Sachsen-Coburg infolge seines Benehmens in Frankfurt a. M. vor ein Ehrengericht zu fordern, und ist dies nur unterblieben, weil den Herren eine Mitteilung des Kronprinzen zukam, wonin er ihnen auf das Bestimmteste erklärte, daß, sowie der Herzog in dieser Angelegenheit nach Berlin käme, er ihn augenblicklich besuchen würde, um ihn zu versichern, daß er mit diesem Schritte nicht einverstanden sei.“ So leicht möglich in dieser Beziehung Alles ist, so halten wir denn doch diese Geschichte fast für unglaublich. — Die bayerischen Blätter sprechen fast durchgängig von dem Vorhaben des ehemaligen Königs Franz von Neapel, Rom demnächst zu verlassen und nach Bayern sich zurückzuziehen. (Die Königin, die bereits auf den Rückreise nach Italien begonnen war, hat, wie schon gestern gemeldet, ihren Entschluß plötzlich geändert.) — Der am 11. verstorbene Abgeordnete, Staatsanwalt Koch (Trebnitz), wurde gestern in der Stille auf dem älteren Kirchhofe der Jerusalemer Gemeinde vor dem Hallesthore beerdigt. Außer einigen Verwandten und Freunden des Verstorbenen folgten auch mehrere Abgeordnete dem Sarge. — Die „Ger.-Ztg.“ berichtet über ein schweres Verbrechen, das gestern hier vorgekommen. Ein hiesiger Materialwarenhändler hatte ein Verhältnis mit einem Mädchen, das dieses auf Andringen der Verwandten lösen wollte. Es erklärte ihm dies gestern, und jener geriet darüber in solche Wuth, daß er auf das Mädchen einschlug und es lebensgefährlich verletzte. Der Untersuchungsrichter hat noch gestern Vormittag die Vernehmung der Verlebten veranlaßt.

Halberstadt, 12. Sept. [Die Soldaten dürfen nicht freigemeindlich speisen.] Die Wittwe Roloff hierselbst, eine thärtige, rechtschaffne Frau, die, seitdem sie vor 7 Jahren ihren Mann verloren, sich und ihre Kinder ehrlich zu ernähren bemüht ist, hat schon seit einer Reihe von Jahren Soldaten der hiesigen Garnison im Quartier und zu Neujahr d. J. auch von dem königl. Polizeidirectorium die Erlaubnis erhalten, diese und andre Militärs zu speisen. Die Leute hatten auch alle Ursache, mit ihr zufrieden zu sein, und es ist überhaupt über sie noch niemals Klage geführt worden. Nichts desto weniger wird ihr vor einigen Tagen von den bei ihr wohnenden und verkehrenden Soldaten mitgetheilt, daß sie nur noch bis zum 15. d. M. bei ihr essen und wohnen dürfen, es sei ihnen von ihrem Rittmeister beim Appell befohlen, ihr Quartier und Mittagstisch bis dahin aufzukündigen. Durch einen solchen Befehl in ihrem Erwerbe bedroht, wendet die Frau sich schriftlich an den Escadronchef, Rittmeister Grafen Schmettow, und bittet um Aufklärung und um Zurücknahme des Befehls. Daraus wird ihr der folgende Bescheid:

Auf Ihr Schreiben vom 5. d. M. erwidere ich Ihnen, daß es mir nicht wünschenswerth ist, Leute meiner Escadron in nähere freigemeindliche Beziehungen treten zu lassen, und daß ich deshalb das Verbot, worauf sich Ihr Schreiben bezieht, erlassen habe. Sollten Sie glauben, in Ihren Rechten verletzt zu sein, so bitte ich sich an meine höhern Vorgesetzten zu wenden, mich aber mit weiteren Anfragen zu verschonen.

Halberstadt, den 7. September 1862. Graf Schmettow,

Rittmeister und Escadronchef.

An die Wittwe Roloff hier.

Die Frau Roloff gehört nämlich bereits seit 13 Jahren zur hiesigen freien Gemeinde und hat vor 14 Tagen üblich aus Magdeburg veranlaßt, herüber zu kommen und ihre Tochter, die mit einem hiesigen Handelsfabrikanten verlobt war, zu trauen, da auch ihre Tochter nicht mehr in der evangelischen Kirche konfirmirt ist. An dem Hochzeitstage kehrte nun aber — und das war jedenfalls für die arme Frau ein großes Unglück — der in ihrer Nähe an der Hühnerbrücke wohnende Kaufmann Strube von einer Geschäftsreise zurück und der nahm in seinem kirchlich strommen Eifer Anstoß an der in dem Hochzeitshause stattfindenden höchst bescheidenen Feierlichkeit, namentlich aber an der Unwesenheit üblich's, also daß er, um das Uebel an der Wurzel auszurotten, nichts Eligeres zu thun wußte, als zu dem Rittmeister zu eilen und dem das öffentliche Aergerniß mitzutheilen. Wahrscheinlich hat der Herr Graf Schmettow sich dadurch zu seinem oben erwähnten Verbot veranlaßt gesehen. Die Frau Roloff aber hat seitdem auch noch den letzten Versuch gemacht, sie hat sich schriftlich an den nächsten Vorgesetzten des Rittmeisters, den Major v. Bangerow, gewandt und um Zurücknahme des ihr so verderblichen Befehls gebeten. Der Herr Major hat die Frau zu sich entboten und ihr erklärt, wie er sich mit dem, was der Herr Rittmeister befohlen, vollständig im Einlange wisse; denn „sie habe sich von der Kirche, von Gott und von Jesus Christus getrennt, sei wieder zum Heidenthum zurückgekehrt (!) und könne deshalb weder ein glückliches Leben führen, noch selig sterben — und einer solchen Frau dürfe er seine Leute nicht anvertrauen, da könnten sie verführt werden.“ Als die Frau darauf erwiederte, daß sie in Gegenwart der Soldaten nie über Religion spreche, noch viel weniger jemals den Versuch gemacht habe, dieselben zu ihren Ansichten zu bekehren, was übrigens auch die eigenen Burschen des Rittmeisters Grafen Schmettow auf dessen Befragen ausdrücklich erklärt hatten), und

Sache unsere Aussagen, wo nicht verschlimmert, doch gewiß nicht verbessert haben. In Eurem Pfarrhäuschen könnte sich dann ein Auftritt wiederholen, der an Freund Reiter's Mittagstisch und an den verunglückten Musterhalat erinnern würde.

Pastor Wiege ließ einen Seufzer vernehmen — eine Klage — ein Lied ohne Worte. Nach einer Pause sprach er kleinlaut: Wie Du doch immer das Rechte trifft, Doktor! Ich gestehe Dir, daß ich mich in peinlicher Verlegenheit befinden, weil ich nicht weiß, was ich meiner Frau über die ganze Verhandlung erzählen soll? Lügen darf und will ich nicht. Gleichwohl wird sie mir Fragen über mich herfallen. Und die Wahrheit kann ich ihr nicht sagen, ohne mir die schwersten Vorwürfe zuzuziehen, mag ich noch so unschuldig an der seltsamen Verwicklung sein. Die Gute ist manchmal . . .

Nicht gar zu gut, davon hatte ich bisweilen Gelegenheit, mich zu überzeugen, fiel der Arzt lächelnd ein. Doch freilich lügen darfst Du nicht. Lügen sollte eigentlich nie ein Mensch, auch in guter Absicht niemals, und ein Pastor schon gar nicht. Aber zwischen Lügen und Verschweigen ist ein großer Unterschied. Bist Du so schwach gewesen, oder so eitel, Deiner Frau gelegentlich zu erzählen, daß wir als Burschen einer gewissen süßen Laura den Hof machen, so wirst Du wahrscheinlich auch aus Eitelkeit unterlassen haben, ihr zugleich einzugestehen, wie wir sämtlich — Du auch — durch Freund Reiter ausgestochen wurden. Folglich wird sie noch eifersüchtig sein auf jene Laura und würde Dir nie verzeihen, daß Du in deren Kaufladen eingetreten bist. Deshalb sage Deiner wissbegierigen Pastorin die volle Wahrheit, nenne ihr Namen für Namen — nur bleibe bei den Familiennamen stehen und vermeide männliche, so wie weibliche Taufnamen. Sobald

dass sie auch bisher nicht nur von den städtischen Behörden durch Zuwendung von Einquartierung und sonstige Empfehlung manchfach unterstützt, sondern auch von der Polizeibehörde auf ihr desselbstiges Gesuch ohne Weiteres die Concession zu ihrer Speisewirtschaft erhalten habe, versetzte der Herr Major: „Die Stadtbehörden könnten handeln, wie sie wollten, er müsse seinem Gewissen folgen und Sorge tragen, daß seine Leute nicht auch zum Heidenthum zurückkehrten!“ Und als die Frau dann die Ansicht aussprach, daß sie in ihrer Noth sich nicht anders helfen könne, als diese ganze Angelegenheit in den öffentlichen Blättern zur Sprache zu bringen, vielleicht würden dann die Herren Abgeordneten in Berlin sich ihrer annehmen, da versicherte der Herr Major, „daß er sich weder vor den öffentlichen Blättern, noch vor den Abgeordneten fürchte.“ Es ist zwischen den beiden auch noch mancherlei Theologisches verhandelt worden, und nach allem, was man sich darüber in der Stadt erzählt, scheint der Herr Major gerade nicht als Sieger aus dem Kampfe hervor gegangen zu sein, denn die Frau Roloff hat Herz und Kopf auf dem rechten Flecke, und wenn sie auch nicht biblisch salbungsvoll spricht, so redet sie doch klar und verständlich. Freilich die Thatsache, daß sie, wenn auch eine durchaus brave und rechtschaffne Frau, doch ein Mitglied der freien Gemeinde ist, hat sie nicht widerlegen können und wollen, und so wird sie auch wohl für ihren Glauben oder Unglauben leiden müssen. (Halberst. 3.)

Aus dem Münsterlande, 10 Sept. [Ein Seitenstück zu einem jüngst in Elberfeld gespielten Prozeß] wird nächstens in Warendorf aufgesetzt werden, nur mit dem Unterschiede, daß es sich nicht um eine Ministerbeleidigung, sondern einfach um Verleumdung des Ehren-Amtmanns Freiberry May von Böselager zu Hessen, ein etwa ½ Meile von Hamm entferntes Rittergut, handelt. Die Gemeindeverordneten des Kirchspiels Hessen führten in einer Recurs-Eingabe an Se. Exc. den Herrn Minister des Innern darüber Beschwerde, daß ein von ihnen zum Obersvorsteher gewählter College von ihm nicht bestätigt worden sei, mit dem Zusage: daß bei Einführung der letzten Gemeindeordnung, in welcher das Institut der Ehren-Amtmänner aufgetaucht sei, das Kirchspiel zu Privatzwecken ausgesperrt werde. Natürlich konnte diese Behauptung nicht mit Still schweigen übergegangen werden, kurz dieselbe wurde zur gerichtlichen Verfolgung der Gemeindeverordneten, welche die Recurschrift unterschrieben hatten, dem königl. Staatsanwalte zu Münster suppediert. Nun stand am 3. d. M. vor dem Kreisgerichte in Warendorf Termin in der Sache an; die Angelagerten batzen den Herrn Justizrat Bergbölz in Hamm zu ihrem Vertreter gewählt, der zunächst die administrativen Zustände des Kirchspiels schilderte, indem er anführte, daß die Verwaltung sich ausschließlich in den Händen des Herrn Ehren-Amtmanns, seines Vaters und dessen Rentmeisters, jener als Verordneter, dieser als Beigeordneter, befnde, dann erklärte er, daß seine Clienten den Beweis der Wahrheit ihrer Behauptung anträten, und denmindest mehrere lafische Zeugen. Das königl. Kreisgericht beschloß die Beweis-Aufnahme und so werden wir denn nächstens in Warendorf eine interessante Gerichtsscene zu erwarten haben. (Ahd. u. Ruhrzg.)

Deutschland.

Frankfurt, 15. Sept. [Die Kosten des Schützenfestes.] Die „Südd. Ztg.“ schreibt: „Das Centralcomite des Schützenfestes, welches wegen der vielen zu erledigenden Angelegenheiten bisher täglich Sitzung hielt, ist nun soweit gekommen, daß es beschlossen hat, in der Regel die Woche nur zweimal zusammenzutreten. Wie wir vernehmen, dürfte das Deficit einschließlich des Sturmshadens nicht viel weniger als 50,000 fl. betragen. Auch scheinen viele Leute der Ansicht zu sein, daß sich bei dieser außergewöhnlichen Gelegenheit auch außergewöhnlich verdienen lasse, und dem Centralcomite stellen sich bei der Regelung der Rechnungen Schwierigkeiten entgegen, welche es unserer Ansicht nach am leichtesten überwinden würde, wenn es die betreffenden Fälle der Offenlichkeit übergebe“.

Aus dem Gothaischen, Mitte September. [Ihre Majestät die Königin von England] hält sich, wie die „Leipz. Z.“ meldet, im Schloß zu Reinhardtsbrunn, das nebst allen Nebengebäuden zu ihrer Disposition gestellt ist, in großer Zurückgezogenheit. Es kommen viele Fremde, zumal aus den benachbarten Städten Gotha, Erfurt, Weimar u. s. w. lediglich in der Absicht nach Reinhardtsbrunn, um die Herrscherin des mächtigen Inselreiches zu erblicken. Gar Vieles wird dies nicht zu Theil. Die Zugänge zum Schloß und zu seinen nächsten Umgebungen sind durch grüne Eisengitter abgesperrt. Bei günstigem Wetter macht die Königin kleinere Ausfahrten in der nächsten Umgebung. So sah ich sie, umgeben von drei Prinzessinnen, Helene, Louise und Beatrice, und dem Prinzen Arthur. Sie war nebst ihren Kindern noch tief schwarz gekleidet. Ihr Aussehen war freilich nicht mehr das vor 16 oder 17 Jahren, wo ich sie zum letztenmale gesehen habe, den blühenden, jugendlich schönen Prinz-Gemahl an ihrer Seite, aber dennoch sah sie körperlich wohl aus. Se. Hoheit der Herzog von Coburg-Gotha wohnt während des Aufenthalts der Königin in der Besitzung des Raths Sparr zu Friedrichsrode, dem sogenannten Schweizerhaus, wo die Königin auch gewöhnlich diniert. Die Königin hat in diesen Tagen schon im strengsten Incognito eine Erzieherin ihrer Kinder in Gotha mit ihrem Besuch beehrt und lange verweilt. Dieser Zug von Herauslassung und Güte ist natürlich nicht unbekannt geblieben und hat nur die innige Liebe und Verehrung, welche sie nebst ihrem Gemahle hier schon genoss, noch vermehrt.

Hannover, 15. Septbr. [Für den Handelsvertrag] mit Frankreich hat sich auch der kiesige Gewerbeverein erklärt. Dieser Verein beschloß eine Petition an die Regierung zu senden, daß dieselbe unter allen Umständen einen Abfall von dem Zollverbande mit Preußen vermeide, eventuell dem deutsch-französischen Handelsvertrage sich anschließe. Zugleich ward beliebt, diesen Beschuß zur Kenntnis sämtlicher Gewerbevereine des Landes gelangen zu lassen.

sie nicht weiß, nicht ahnet, daß Madame Hill Laura heißt, ist jegliche Combination unmöglich, und Du hast Nichts zu befürchten, als eine abermals aufgewärmte Strafspredigt über Deine Reise zur Stadt, die Du ja leicht abschütteln wirst, so leicht, als Deine Pfarrkinder die Deinigen, welche, denkt' ich, auch bisweilen aufgewärmt sein werden.

Doktor, sprach der Pastor, Du bist ein Goldmann, der für Alles Mittel weiß, für Leib und Seele. Es wäre mir und meiner Frau von größtem Nutzen, hätten wir Dich immer in unserer Nähe als Vermittler.

Sehr gütig, Freund. Was Deine verehrungswürdige Gemahlin dir meiner unveränderlichen Gegenwart sagen würde, darüber entschlage ich mich gern jeder Vermuthung; daß ich aber die ihrige nicht allzu eifrig ausfülle, gesteh' ich Dir offen ein. Deshalb gestatte mir, Dich aufmerksam zu machen, daß unsere Wege hier sich trennen. Ich fahre links ab, nach meinen Kranken über Feld zu sehen, Du gehst geradeaus, Deinem häuslichen Glücke entgegen. Lebe wohl, und gedenke meines gut gemeinten Rathes!

Drittes Kapitel.

Die Combinationen des Doktors bewährten sich als ganz richtig. Nur, daß es mit Hill's noch schlimmer stand, als er und Pastor Wiege vermuteten. Nicht nur durch äußeres Mißgeschick war das kleine Familienleben bedroht worden, auch im Innern war es erschüttert, und die Folgen davon wichen heftig nach, als bereits jene äußere Gefahr abgewendet schien. Trotz der Widersprüche, in welche Laura's Gatten sich gegenseitig durch ihre abweichenden Aussagen über Laura's Besuch bei Engelrost verwickelt, trotz der siblen Meinung, die sie da-

Hannover, 15. Sept. [Der General von Hedemann.] Nach den Maßregeln, welche getroffen sind, um ein abermaliges Entweichen des Herrn v. Hedemann zu verhindern, scheint man mit voller Strenge gegen denselben vorgehen zu wollen. Die Wache ist um einen Doppelposten vermehrt, wovon der eine vor der Thür, der andere vor dem Fenster des Gefängnisses steht. Der wachhabende Offizier darf weder zum Mittagessen gehen, noch die Runde machen, er darf überhaupt die Wache keinen Augenblick verlassen. Alle Gegenstände, welche möglicherweise zum Ausbruch oder zu sonstiger Gewalt gebracht werden könnten, sind sorgfältig im Gefängnisse befestigt; auch erhält der Gefangene keine Messer und Gabel beim Mittagessen, er darf sich nur des Löffels bedienen. Nur in Gegenwart des Offiziers dürfen die nothwendigen Dienste durch dritte Personen ihm geleistet werden. Der General ist ein Bruder der Oberhofmeisterin der Königin, der verwitweten Frau v. d. Decken, Schwiegersohn des berühmten deutschen Rechtsphilosophen Eichhorn und hatte die Verwaltung der Chatullekasse der Königin.

Rostock, 12. Sept. [Hochverratsprozeß.] Die „Rost. Ztg.“ meldet: Durch Schreiben des großherzogl. Criminal-Collegiums zu Bülow ist heute der Rest der Kosten des Hochverrats-Prozesses eingefordert worden. Da nämlich die Kostenanteile des Professors Ulrich (in Lübeck) und des Advokaten Hane von den betreffenden Gerichten für nicht exequirbar erklärt sind, so sind die übrigen Verurtheilten, die Herren Advokat M. Wigand, Professor Dr. J. Wiggers, Dr. Dornblüth, Advokat Ehlers, Senator Utterhart, so wie die Kaufleute Schwarz und Bluhme, als zu gleichen Theilen, oder event. für das Ganze der Kostenrechnung Verhaftete, angewiesen worden, die noch fehlenden 795 Thlr. 37 Schill. 4 Pf. binnen 14 Tagen an die Kasse des Criminal-Collegiums einzuzahlen.

Oesterreich.

Wien, 16. Sept. [Die Deutsch-Oesterreicher und das weimarer Vorparlament.] Die deutsche Frage und der Reichsrath. Als eine große Unfreundlichkeit hat man hier die abschlägige Antwort auf den, von Seiten der Deutsch-Oesterreicher ausgesprochenen, Wunsch, daß „Vorparlament“ in Frankfurt statt in Weimar abzuhalten, aufgefaßt. In Folge davon, so wie der Vorgänge bei dem volkswirtschaftlichen Congresse wird die Belehrung Deutsch-Oesterreichs an der Versammlung wahrscheinlich gleich Null sein. Man will hier wissen, daß aus Weimar und den thüringischen Staaten allein nahezu 60 Mitglieder für das Vorparlament bereits angemeldet sind. Da also über den tatsächlichen Ausgang der Debatte nicht der mindeste Zweifel obwalten kann, herrscht in Wien entschieden die Ansicht vor, es sei darauf hinzuwirken, daß möglichst wenige, am besten gar keine, Großdeutschen, insbesondere Deutsch-Oesterreicher, an demselben teilnehmen. Man will, daß der National-Verein ganz unter sich sei, daß er auch nicht, wie auf dem volkswirtschaftlichen Congresse, einen Scheinsieg über die verlorenen Stimmen erfechte — wie denn die Theilnahme des Freiherrn v. Eggers, des Hofstoffs v. Kerstorf und des Redacteurs der „Const. Oest. Bl.“, Rasch, an dem Congress auf gar harten Tadel stößt. Meiner Ansicht nach mit Unrecht. Nicht daß die dissentirende Ansicht in Weimar quantitativ, sondern daß sie qualitativ nicht stärker vertreten war — war der Fehler. Ein fleißiger, aber trockener offizieller Statistiker nach Art Ihres verstorbenen Dieterici; ein enragirter Schubzöller, der sich zum willenlosen Werkzeuge Rechberg's hergibt; ein Journalist endlich, der weder durch die Bedeutung seines Blattes, noch durch seine eigene Persönlichkeit irgendwie zum Repräsentanten berufen, und der in vielen Fällen mit dem Staatsministerium weiter durch dick und dünn gegangen ist, als selbst für den enragirtesten Centralisten nötig war: das sind die Großen nicht, die eine wirksame Opposition machen können — ganz abgesehen von ihrer Zahl, da selbst ein von ihnen erfochtener Sieg nur dazu beitragen würde, die von ihnen bekämpfte Sache in den Reihen der liberalen Partei noch unpopulär zu machen. Meiner Meinung nach also hätte man besser gehan, die in Weimar geöffnete Arena guten Muthes zu betreten, denn wenn auch dort noch nicht die Lösung der deutschen Frage entdeckt werden wird, so bleibe ich doch dabei, daß eine Verständigung, der zufolge die Liberalen Oesterreichs und Deutschlands einander nicht mehr feindlich gegenüberstehen, bald gefunden werden muß, wenn nicht die Nationalitätendifferenzen die Handhabe bilden sollen, mittelst deren die Reaction alle freisinnigen Regungen wieder zu bannen im Stande ist. Der Tag von Aspromonte und der Ton, in dem die „Kreuzztg.“ sich mit dem einzigen Parlemente in Deutschland per „der Wien muß!“ zu reden erfreut, sind Warnungszeichen, die verständlich genug sind, und wie es nach einem ernsthaften Umsturze in Preußen um den Reichsrath bei uns aussiehen würde, das zu prophezeien, dazu gehört wenig Kopfzerbrechen. Unaufhörlich und mit jenem Eifer, mit dem man sich einer als Lebensbedingung erkannten Aufgabe widmet, sollten daher die Liberalen von jenseits sowie von diesseits der Leitha sich mit denjenigen Deutschlands zu vereinbaren suchen, und deshalb beklage ich, daß Rechbauer und Brinz definitiv nicht in Weimar erscheinen werden und auch die Theilnahme der meisten andern höchst ungewöhnlich geworden ist — nur Schufeld, Berger und Bresl, drei niederoesterreichische Landtagsdeputierte, werden vielleicht hingehen. Die Nationalvereinsmitglieder werden mit hin abermals einen leichten Sieg über die versprengten Gegner haben, allein damit kommen wir zu keiner Annäherung, und das kann doch

* Wir stimmen darin unserm Herrn Correspondenten vollständig bei. Das Feld zu räumen, ist unter allen Umständen ein politischer Fehler.

Die Red.

durch bei Gericht von ihrer Redlichkeit hervorgerufen hatten, lag die ganze Sache doch so zweifelhaft vor den Augen der Justiz, und Engelrost's böser Wucherleumund wirkte so entschieden mit, daß nach langen Debatten pro et contra das Collegium endlich dem Angelagerten den Eid zuerkannte. Reinhold Hill schwor mit fester Stimme und redlichem Blick, daß Darlehen, um welches er Herrn Engelrost allerdings mehrfach angesprochen, und welches dieser ihm auch halb und halb zugesagt, niemals empfangen, folglich auch, wie sich von selbst versteht, keinen Schuldschein darüber ausgestellt zu haben. Daraus ergab sich denn von selbst, daß Laura (möchte sie nun in des Wucherers Wohnung gewesen sein oder nicht) jenes Papier nicht bestätigt haben konnte. Vor dem Forum der Civiljustiz war nach abgelegtem und abgenommenem Eide die Angelegenheit also beseitigt, und die Kriminalbehörde hätte nur in sofern damit zu schaffen gehabt, als Herr Engelrost wegen beabsichtigten Betruges hätte sollen verfolgt werden. Dazu war aber entweder die Sache gesetzlich nicht angethan, oder der Fiscus fand sich nicht veranlaßt, dieselbe aufzunehmen. Hill hatte geschworen — und Engelrost schwieg fürs erste still. Das heißt er schwieg, indem er nicht mehr vor Gericht redete, wo er nicht mehr gehört wurde. Desto vermehrlicher flüsterte er an anderen Orten, in den Kreisen seines Verkehrs: die schöne Stunde, wonach er sich seit seinen Universitätsjahren gesehnt, sei ihm verweilt theuer zu stehen gekommen, und wenn gleich Laura noch immer eine sehr hübsche Frau genannt werden müsse, so wären fünftausend Thaler doch eine zu bedeutende Summe. Und was dergleichen niedrige Neuherungen mehr waren. (Fortsetzung folgt.)

Niemandem Freude bereiten, als denen, die 48 die berüchtigte Lösung hatten: „Lieber die russische Knute, als die deutsche Freiheit!“ Uebrigens haben diejenigen Männer, welche gegenwärtig Mitglieder unseres Abgeordnetenhauses sind, allerdings auch noch andere ernsthafte Gründe, sich für jetzt nicht von der Stelle zu röhren. Einmal nämlich verlangt die bevorstehende Diskussion des 63er Budgets und der Bankfrage, daß sie auf ihrem Posten sind; und zweitens scheint es sicher zu sein, daß der Czarenführer Rieger die deutsche Frage ohnehin in den nächsten Tagen vor das Forum des Reichsraths bringen wird. Er wird zu dem Bewufe in seiner beliebten Manier entweder eine Gelegenheit vom Zaune brechen, oder er wird es auch mit einer direkten Interpellation versuchen. Auf dem salzburger Künstlerfeste sagte Schmerling bekanntlich, die ihm vom „Bild.“ so arg aufgemachten Worte: „Österreich kann seinen richtigen Standpunkt nur in Deutschland finden!“ — einen Ausspruch, den ich gleichfalls nicht zu vertreten geneigt bin; der aber doch dem „Bild.“, als enragten Gegner Kleindeutschlands, nicht unwillkommen sein sollte, wenn nicht die Wuth gegen Schmerling das ehrenwerthe Blatt blind für alles Andere mache. Ueber diesen Passus wird Rieger sich im Abgeordnetenhouse nähere Auskunft von dem Staatsminister erbitten — und damit ist dann natürlich die deutsche Frage in den Reichsrath geworfen.

Krakau. 12. Sept. [Verbotene Andachten.] Seit unendlichen Zeiten pflegt das Volk in Krakau vor dem im Florianithur befindlichen Muttergottesbilde alljährlich seit 8. September die ganze Woche hindurch Abends zu beten und zu singen — und es ist noch niemals einer Regierung in Krakau eingefallen, diesen religiösen Uebungen hinderlich in den Weg zu treten. Auch voriges Jahr fanden benannte Gesänge die ganze Woche statt, und Herr General Ramberg ließ sogar in Förderung dieser religiösen Sitte einen Befehl ergehen, damit das singende Volk in der Florianiagasse während dieser Andachtsumzug durch keine durchfahrenden Wagen gestört werde. Dieses Jahr scheint aber die krakauer Polizeidirection, und insbesondere ihr gegenwärtiger Chef, Herr English, in die Fußstapfen der warschauer zu treten, denn seit 8. September sind jene religiösen Uebungen vor dem erwähnten Muttergottesbilde verboten — das Bild selbst wird Abends gesperrt und durch bewaffnete Polizeisoldaten überwacht — während dann starke Militär- und Polizei-Patrouillen die Florianiagasse durchziehen, die gassende Menge auseinandertreiben und namhafte Arrestirungen unschuldiger Personen vornehmen. So wurde vor zwei oder drei Tagen unter andern der junge Herr Mirczynski blos deswegen arretirt, weil er durch die Florianiagasse zu seinen Eltern den Weg nahm und nach seiner Entlassung erhielt er die Weisung, fernerhin seinen Weg nicht durch die Florianiagasse zu nehmen. Wie es kommt, daß die krakauer Polizei im katholischen Krakau und im katholischen Österreich derlei religiöse Uebungen, die seit Jahrhunderten bestanden, zu verbieten für gut findet, ist nicht leicht einzusehen. (Wand.)

Verona, 13. Sept. [Reduction in der österreichischen und piemontesischen Armee.] Nachrichten zufolge, welche einer hervorragenden militärischen Persönlichkeit zugekommen sind, ist eine allgemeine Armee-Reducirung im Prinzip bereits beschlossen, und es handelt sich gar nicht mehr darum, ob und wann, sondern blos, wie diese Reducirungen durchgeführt werden sollen. Man verätht nämlich nur mehr darüber, ob diese Reducirungen durch Auflösungen einzelner Abtheilungen oder durch Standesherabsetzungen ausgeführt werden sollen, d. h. ob die Regimenter und Corps einige ihrer Abtheilungen, mit oder ohne Cadres aufzulösen, oder den Vorsatz bei ihren Unter-Abtheilungen durch Beurlaubungen vermindern sollen. Die Entscheidung scheint sich jedoch mehr der leichten Modalität zuzuniegen, und besonders rücksichtlich der den Befehlen des Feldzeugmeisters Ritter v. Benedek unterstehenden Armee soll sich bereits für diesen Modus entschieden worden sein und folgender Plan vorliegen: Die Infanterie-Regimenter nehmen bei den ersten zwei Bataillonen eine Standesverminderung von 20 Köpfen per Compagnie vor, während sich die dritten Bataillone, welche nur zum Garnisonsdienste in Festungen zu verwenden wären, auf den Stand von 60 Mann per Compagnie setzen. Die Chärgen bleiben complet, so daß im Bedarfsfalle blos die beurlaubte Mannschaft einberufen zu werden braucht, um das Regiment wieder vollständig zu complettiren. Die Cavallerie, deren Pferdebestand bereits nicht unbedeutend reducirt wurde, setzt denselben noch um eine später zu bestimmende Zahl herab. Die Feldgeschütze geben von der Be- spannung alle Pferde ab, welche nicht zum unumgänglich nötigen Manövriren erforderlich sind. Endlich setzen sich alle technischen Truppen auf den vollständigen Friedensstand. Nach einer angestellten Berechnung würde dadurch die Armee in Italien ungefähr um ein Drittheil vermindert werden. Alles dies ist, wie gesagt, vorläufig blos ein Plan, dessen Realisirung aber in nicht ferner Zeit erfolgen wird, da alle Anzeichen hiefür sprechen.

Wir haben ferner noch eine Nachricht mitzutheilen, für deren Richtigkeit wir zwar durchaus keine Verantwortung übernehmen, welche aber, wenn sie sich bestätigt, von außerordentlicher Wichtigkeit wäre und den Schlüssel zu den bedeutenden in Österreich beabsichtigten Reducirungen geben würde. Nachrichten, und zwar verlässliche Nachrichten aus Italien melden nämlich, daß die Regierung Victor Emanuels ebenfalls die Absicht habe, bedeutende Reducirungen in der Armee vorzunehmen, und daß bei der nächsten Einberufung der Kammermänner Ratazzi die Welt mit der Verkündigung dieser Absicht überraschen werde. Und zwar spricht man von einer sehr bedeutenden Reducirung der piemontesischen Armee, nämlich um nicht weniger als 40,000 Mann. Sollte sich diese Nachricht, für deren Richtigkeit nur die zerrütteten Finanzverhältnisse, nicht aber die politischen Zustände und die im Lande herrschende Gährung sprechen, bewähren, so könnte man wohl einer längeren Friedenspause entgegenleben. Eben wegen ihrer Wichtigkeit registriren wir aber auch diese Nachricht, ohne für deren volle Bestätigung selbst großen Glauben zu haben. (W. Pr.)

Hermannstadt. 12. Sept. [Allerhöchste Entscheidung.] Der „Siebenb. Bote“ enthält folgendes Telegramm aus Wien: Se. Majestät der Kaiser haben über die Anträge der sächsischen Nations-Universität in der Salarialangelegenheit eine günstige Entscheidung an die siebenbürgische Hofkanzlei herabgelangen zu lassen geruht.

Italien.

* [Gialdini und Lamarmora haben den Prozeß gegen Garibaldi verlangt. — Die neuen Präfектen lauter Piemontesen. — Eine neue Zeitung Mazzini's.] Der Telegraph hat uns aus der offiziellen „Turiner Zeitung“ die Mittheilung gebracht, daß im Ministerium zuletzt doch die Partei der Strenge das Übergewicht gewonnen und die Anstrengung eines Prozesses gegen Garibaldi jetzt definitiv beschlossen worden ist. Die Regierung befand (oder befindet sich noch) in einer eigenthümlichen Klemme. Auf der einen Seite verschtern ihr die Präfekte der Lombardei, Liguriens, Toscanas, Umbriens, der Marken, Sardinens und der Emilia, daß die Bevölkerungen einstimmig sofortige Amnestie verlangen, und daß die Regierung sich schweren Gefahren aussehen würde, wenn sie sich dieser allgemeinen Bewegung entgegenstemme. Auf der anderen Seite haben die Generale Lamarmora und Gialdini erklärt, daß sie sofort ihre Demission einreichen, sobald den Insurgenten von Vicenza nicht der Prozeß gemacht würde. Die Armee, welcher das Treiben der Bewegungspartei seit Sarnico eine

Menge Opfer gekostet habe, müßte in der Straflosigkeit ihrer Gegner die größte Rücksichtslosigkeit gegen sie selbst erkennen. Wie wir gesehen, hat die Regierung die Drohung der beiden Generale für die schlimmere gehalten. — Die Regierung hat einige neue Präfekten ernannt an Stelle der entlassenen. Es sind lauter Piemontesen, während die entlassenen Lombarden, Neapolitaner, Romagnolen und Toscaner waren. In Sicilien sind noch drei oder vier Präfekturen vacant. Das Ministerium scheint jetzt nicht daran zu denken, sie zu besetzen, da ohnehin die Militärregierung dort die Oberhand hat. — Heute ist der russische Gesandte, Graf Stackelberg, hier angekommen. Das Personal der Gesandtschaft befindet sich hier schon seit mehreren Tagen. — Von London wird von den nächsten Tagen ab eine neue Zeitung Mazzini's in französischer Sprache erscheinen. Beträchtliche Fonds sollen derselben zur Verfügung gestellt sein. Das Organ wird den Titel: „Die italienischen Republiken“ führen und Mazzini's ganzes Programm entwickeln, wie er es heut aufgestellt hat. Doch wird sich das Organ nicht blos mit Italien, sondern auch mit dem Orient, Polen und Russland beschäftigen und die Verbindung der italienischen mit der slavischen Revolution unterhalten.

Neapel. 10. Sept. Die Befürchtung, daß die Proklamirung des Belagerungszustandes noch nachträglich zu Unordnungen Veranlassung geben könnte, ist jetzt, nach dem ruhigen Verlauf des 7. Septembers, vollständig beseitigt. Fast unbemerkt ging der im vorigen Jahre von der ganzen Bevölkerung jubelnd gefeierte Einzugstag Garibaldi's vorüber. Eben so wie am Garibalditage, war auch am Piedigrotta-Feste, am 8., jede officielle Feier unteragt. Ohne die übliche Parade und das unvermeidliche Feuerwerk ging der sonst stets lärmende gefeierte Tag still vorüber. Wie man hofft, wird die Regierung sich durch dieses unerwartet friedliche Verhalten der Neapolitaner recht bald veranlaßt sehen, den lästigen Belagerungszustand wieder aufzuheben. Nur die Ausrottung der Camorristen in den Städten, und die Unterdrückung des Brigantaggio in den Provinzen soll noch mit Hilfe der Militärbehörden beendet, und dann der normale, gesetzliche Zustand wieder eingeführt werden. Beide Zwecke sind jetzt von Lamarmora mit Eifer in Angriff genommen. Ungefähr 400 Camorristen, die grobtheils sofort nach den Gefangenissen auf der Insel Sardinien transportiert wurden, sind bereits in der Stadt Neapel aufgegriffen, und immer noch werden täglich 50–60 von diesem Gefinde verhaftet. Sie denken an keinen Widerstand, und suchen durch die Flucht oder durch allerlei Verkleidungen der Verfolgung zu entgehen. Mehr Schwierigkeiten als mit den Camorristen findet Lamarmora mit den während des Garibaldischen Zuges wieder übermäßig gewordenen Briganten. Sie wussten die vorübergehende Schwäche der Regierung zu benutzen, werden aber jetzt, wo eine ganz außerordentliche Truppenmacht in den Provinzen verfügbar geworden ist, hoffentlich bald ganz und gar vernichtet sein. Von neuen Briganten-Gefangen aus dem Königreich waren in letzter Zeit keine Neuigkeiten. Wie es heißt, ist der Oberbefehlsgeber sämtlicher Banden, der Spanier Tristany, von einem Verwandten des auf seinen Befehl erschossenen Schiavone aus Nache ermordet worden. Auf Sicilien scheint die durch die Gefangenennahme Garibaldi's hervorgerufene Ausregung eben so wenig als hier, einen gefährlichen Charakter zu haben. Die dort noch unter Waffen stehenden Garibaldischen Scharen werden ohne Mühe, und gewöhnlich ohne Blutvergießen, von den Truppen zerstört oder gefangen. Trotz des Belagerungszustandes ist es doch die Nationalgarde, welche in allen Städten für die Ausrechthaltung der Ordnung Sorge trägt. Gialdini hielt unter solchen Umständen seine Mission auf der Insel für beendet und schaffte sich mit seinem Stabe in Messina ein. Er langte am 8. hier in Neapel an und setzte gestern seine Reise nach Turin, und dann nach dem Hauptquartier seines Armeecorps, Bologna fort. Mit ihm reiste auch der vom Gefecht von Aspromonte her bekannte General Pallavicini, der wahrscheinlich für den Fall, daß der Prozeß gegen Garibaldi eingeleitet werden sollte, nach Ober-Italien berufen wurde, von hier ab. Auf Sicilien hat der General Brignone an Gialdinis Stelle als außerordentlicher Commissar die Regierung übernommen. Gestern bewegte sich ein mächtiger und glänzender Leichenzug durch die Toledostraße nach der Kirche von San Francesco de Paola. Es war der Bischof von Ariano, Monsignore Caputo, das Haupt der übrigens noch wenig zahlreichen überlieferten neapolitanischen Geistlichkeit, der zu Grabe getragen wurde. Noch auf dem Sterbebette hatte eine Schaar von Priestern, welche ihre Bemühungen erst einstellte, als sie von der Polizei fortgejagt und eingesperrt wurde, ihn vergleichsweise bestürmt, seine Ansichten abzuholen, und namentlich die weltliche Macht des Papstes als nothwendig anzuerkennen. Komisch war es, wie gestern die zufällig auf der Straße befindlichen rechtgläubigen Geistlichen vor der langsam getragenen Leiche des Excommunicirten wie vor der Pest in die Seitengassen und Häuser flüchteten. — Der im vorigen Jahre in Gaeta mit wichtigen Papieren für den König Franz verfaßte Engländer Vilpoy ist von den Geschworenen für schuldig befunden und zu zehnjährigen Gefängnis verurtheilt worden. Er ist eine durchaus unbedeutende Persönlichkeit, und hat nur durch das im englischen Parlament über seine Verhaftung erhobene Geschrei eine gewisse Wichtigkeit erhalten. Der englische General-Conful hatte sich ausnahmsweise gar nicht in den Gang des Prozesses eingemischt.

(Nat. 3.)

W. P. **Genua,** 13. Sept. [Ein Brief Garibaldis. — Zur Stimmlistung.] — **Borschtschmafregeln.** Ein bekannter Deputirter, welcher soeben von Turin zurückkehrte, thieß mir mit, daß Garibaldi ein Schreiben an den König gerichtet, dessen Inhalt im Wesentlichen folgender sei: Garibaldi verlangt nach seiner und seines Sohnes Geneßung ins Ausland zu gehen, weil es ihm unmöglich sei, für das monarchische Italien ferner zu wirken. Sollte er vor ein Gericht gestellt werden, so werde er die Fragen deselben nicht beantworten und ein absolutes Schweigen beobachten. Schließlich sagt der Ex-Dictator, daß er stets für ein volksähnliches freies Italien, aber nicht für eine von Intriquanten und Ausländern beherrschte Monarchie gesetzt habe, welche die Idee der Einheit in Miscredit und Victor Emanuel um seine Krone bringen wird. Den turiner Journalen ist die Erwähnung des berührtbriefes untersagt worden; da aber die Quelle, aus welcher die Notiz steht, sonst gut unterrichtet ist, so habe ich keine Ursache, an der Richtigkeit der Nachricht zu zweifeln. — Aus La Spezia haben wir heute keine Nachrichten von Belang. Man thut dort sehr geheimnisvoll, was den Gerüchten den weitesten Spielraum gewährt. Hier in Genua ist zwar äußerst Ruhe, aber desto bestiger gähnt es im Stillen. Ueberall bemerkt man unheimliche Gesichter voll Haß und Grimm, denen es Mühe kostet, ihre Wuth zurückzuhalten. Genua war und ist noch immer das Hauptlager der garibaldisch-mazzinianischen Partei, und kommt es zu einem ernsten Schlag, so wird man hier nicht minder losbrechen, als in dem aufgewühlten Südb.-Italien. Die Regierung ist indeß auf Maßregeln zur Beschwerung des Sturmes bedacht. Hier wie in allen Seestädten sind die Pahnschriften verschärft worden, während die einheimischen Anhänger Garibaldis aufs Genauester überwacht werden.

Frankreich.

* **Paris,** 14. Sept. [Nochmals über das Lagueronniersche Programm. — Die französische Presse über die preußische Krise. — Die großen Pläne bezüglich Mexikos.] Der gestrige Artikel der „France“ ist nicht wegen des abgedrohten Programms der Dreiteilung Italiens, sondern wegen eines andern Punktes bemerkenswert. Hr. Lagueronniere sagt, die französische Occupation könne nicht ewig dauern; um sie aufzuhören zu lassen, bedürfe es eines europäischen Congresses, welcher das gedachte Programm feststelle. Wenn nun aber Turin oder Rom, oder beide dessen Annahme verweigern? Soll man sie dann dazu zwingen? Bei Leibe nicht, erklärt Hr. v. Lagueronniere; in diesem Falle bleibt es beim gegenwärtigen Status quo. Vor allen Dingen wäre es interessant zu wissen, ob es wirklich am französischen Hofe eine Partei giebt, die sich einbildet, die europäischen Großmächte würden in eine solche Falle gehen und die permanente Occupation Roms durch französische Truppen ausdrücklich sanctioniren; wie dies durch Annahme jenes Programmes durch einen Congress geschehen würde. — Europa soll Beschlüsse fassen, und, falls jene Beschlüsse von den Italienern nicht angenommen werden, Frankreich ermächtigen, in Rom zu bleiben! — Die liberalen Blätter beschäftigen sich mit den preußischen Kammerverhandlungen, welche in einen neuen Conflict auszulaufen drohen. Die „Opinion Nationale“ sagt u. A.: „Die berliner Regierung besteht trotz des Widerstandes der Kammer, der Presse und der öffentlichen Meinung darauf, Preußen die neue Militär-Organisation aufzubürden. Es ist dies ein Eigensinn, der sehr ernste Resultate haben kann. Wenn die

preußische Abgeordneten-Kammer, wie alles vermuten läßt, die Beschlüsse ihrer Commission bestätigt, die sich mit einer beharrlichen Energie gegen die Absichten und Ansprüche der Regierung in dieser Angelegenheit ausgesprochen hat, so wird man einen viel ernsteren Conflict, als den vor einigen Monaten, entstehen sehen. Die Regierung könnte, ohne gegen die Verfassung zu verstößen, die Kammer zum zweitemale aufzulösen, aber dies wäre keine Lösung; das wäre höchstens ein Palliativ, und ein um so gefährlicheres Palliativ, da das Land sich bereits in den letzten Wahlen mit großer Kraft für die Landesvertretung gegen die Regierung erklart hat. Ein Staatsstreich würde ebensoviel die Schwierigkeit aufheben, denn das preußische Volk, und man muß ihm dazu Glück wünschen, scheint nicht in der Stimmung, sich durch eine Politik der Drohung und der Gewalt einschüchtern zu lassen.“ — Wenn die Nachrichten der „Presse“ Glauben verdienen, so ist an der Absicht der französischen Regierung nicht mehr zu zweifeln, ihren Plänen auf Mexiko eine große Ausdehnung zu geben. Die „Presse“ schätzt den Bestand der Streitkräfte, über die General Forey zu verfügen haben wird, auf nicht weniger als 60,000 Mann. Es bedarf keiner solchen Kraftentwicklung, um bis zur Hauptstadt Mexiko vorzugehen und die Schlappe von Puebla zu rächen. Ein anderer Umstand, der an eine dauernde Besetzung des Landes zu glauben veranlaßt, ist ein im „Gesetzbüllentin“ erschienenes Decret, welches den Oberbefehlshaber des Expeditions-corps mit der Vollmacht bekleidet, alle Stellen in der Artillerie und Marineinfanterie bis zum Grade eines Bataillons- oder Eskadronshess besetzen zu dürfen. Ueber die ungeheure Kosten, die ein so großartig angelegter Plan zur Folge haben wird, wagt natürlich Niemand zu sprechen. Die mexikanische Regierung hat inzwischen Alles, den drohenden Sturm zu beschwören. Auf das Schreiben von Juarez an den Kaiser, welches letzterer unbeantwortet lassen wird, hat der Präsident angeblich einen sehr annehmbaren Ausgleichsentwurf folgen lassen. Aber schwerlich wird jetzt sein Vorschlag noch Eingang finden, der die weitzielenden Combinationen durchkreuzen würde, welche sich an die Anerkennung der Südstaaten, und an die Errichtung einer wesentlich französischen Macht in Centralamerika knüpfen.

Nürnberg.

Warschau, 15. Sept. [Die Aufführung Zamojski's. — Der Pastor Otto. — Verordnungen. — Berathungen der Kreisräthe.] Als das Schreiben einer Anzahl von Edelleuten an Zamojski, von dem ich ihnen berichtet, fertig redigirt war, erklärte Zamojski, solches ohne Unterschriften nicht annehmen zu können. Von ein paar hundert Anwesenden entschlossen sich nur einige siebenzig, einem Attentat ihre Unterschrift zu geben, das sie selbst für ein Wagesstück erachteten, und das von vielen Seiten für barer Unforn erklärt wurde, namentlich von den hervorragendsten Bürgern Warschau's, welche zum Beitreitt aufgefordert wurden. So weit stand die Sache heute Früh, als der Commandant unserer Stadt, Fürst Bebutow, und bald darauf der Oberpolizeimeister Muchanow bei Zamojski erschienen, welcher sich sofort nach Schloss Lazienki begab und von da zurückkehrend unverweilt nach dem Bahnhof der Warschau-Petersburger Eisenbahn und mit einem Extrazug nach Petersburg abfuhr. Der Weg vom Palais Zamojski bis zum Bahnhof war mit Polizei und Gendarmen stark besetzt und die ganze Geschichte vom Erscheinen Bebutow's bei Zamojski bis zur Abreise des Letzteren, dauerte kaum mehr als drei Stunden. Durch eine in der Abwesenheit Zamojski's in dessen Palais abgehaltene Revision nahm die Polizei den gedachten Brief der Edelleute in Beschlag. Man erzählt, daß Zamojski Bebutow und Muchanow, die sich als Privatleute bei ihm gemeldet, nicht habe empfangen wollen, daß er aber dann auf den ihm von Letzterem überbrachten mündlichen Befehl des Großfürsten zu diesem sich begab. Der Großfürst hielt ihm in kurzen Worten sein Benehmen als ungesehlich vor und daß er daher vor dem Kaiser persönlich sich darüber zu vertheidigen habe. — Den Grafen begleitet sein Sohn und eine militärische Escorte ist dem Zuge beigegeben. Der „Dziennik Powiezczy“ enthielt hierüber Folgendes: In den letzten Tagen hat eine gewisse Anzahl Gutsbesitzer, unlegaler Weise zusammenberufen, sich in Warschau versammelt und in Folge von Berathungen, beim Grafen Andreas Zamojski abgehalten, haben sie eine Aufforderung an diesen fertiggestellt, welche so zu sagen die Grenzen der Institutionen des Landes übertritt. Die Regierung Sr. Majestät wird nicht dulden, daß eine Versammlung von Privatpersonen sich die Bedeutung eines konstituierten Körpers beilege, und irgend wer aus der Mitte der Untertanen des Kaisers und Königs als der Leiter und das Organ solcher Versammlung auftreten soll. Für dieses, der bestehenden Ordnung widersprechende Verfahren hat Graf Zamojski vor seinem Monarchen zu verantworten. Zu diesem Zweck ist Graf Zamojski heute nach Petersburg geschickt worden.“ — Das amtliche Blatt enthält dann die Erlaubnis, daß Pastor Otto, welcher wegen politischer Vergehen von seinem Amte entfernt war, neuerdings sein Pastor-Amt bekleiden darf. — Nächstdem enthält der „Dziennik“ eine Verordnung des Administrationsrath zur Befestigung des bestehenden Verbots, daß Juden keine Regierungsgüter pachten dürfen, so wie zur Aufführung der für dieselben vorhandenen Erschwerung im Verschleiß von Stempelpapier. Im nichtamtlichen Theil lesen wir einen Rapport über die forschreitenden Arbeiten in Bezug der Befreiung der Bauern. — Genaueres und Näheres über die gezwungene Abreise Zamojski's werde ich Ihnen wohl morgen berichten können. — In der amtlichen Übersicht der Thätigkeiten der Kreisräthe des Gouvernements Radom, mit denen im Allgemeinen die Behörde sich zufrieden erklärt, wird als ungesetzlich die Bitte des einen der Kreisräthe bezeichnet, die Verkürzung der Dienstzeit im Militär betreffend, und dabei in geschickter Weise daran erinnert, die früher 25jährige Dienstzeit laut Gesetz vom Jahre 1857 auf 12 und resp. 14 Jahre reduciert ist. — Die Bitte eines zweiten Rathes, um Wiederherstellung der in den vierzig Jahren gegen russische ausgetauschten polnischen Gewichte, ist nicht nur nicht als ungesetzlich bezeichnet, sondern sogar zwischen den nüchternen Anträgen aufgezählt.

Amerika.

[Über die leste große Niederlage der Unionisten] gehen jetzt folgende Details ein: Der gestrige kurze Bericht über die am 30. August in Virginien stattgehabte Schlacht wird durch folgendes Telegramm des Neuerischen Büros ergänzt: „New York, 1. Sept. Am 30. August ward wiederum eine Schlacht zwischen dem General Pope und den bedeutend verstärkten Konföderirten geschlagen. Letztere blieben im Vortheil, und General Pope zog sich mit seinem ganzen Heere in guter Ordnung nach Centreville zurück, wo zwei neue Divisionen unter den Generälen Franklin und Sumner zu ihm stießen. Die Regierung läßt telegraphiren, General Pope nehme die festste Stellung in der Nachbarschaft von Washington ein, man erwarte, daß er den Kampf erneuern werde, und es seien alle Kräfte aufzubieten, um die Ankunft der neuen Truppen zu beschleunigen. Gestern (Sonntag) fand kein Gefecht statt. Der Correspondent der „New-York-Tribune“ schreibt: „Das Ergebnis der Schlacht vom 29. August bestand darin, daß die Konföderirten Anfangs ungefähr 2 (englische) Meilen zurück

[Fortsetzung in der Beilage.]

Mit einer Beilage.

Beilage zu Nr. 435 der Breslauer Zeitung. — Donnerstag, den 18. September 1862.

(Fortsetzung.)

getrieben wurden, aber, nachdem sie Verstärkungen erhalten hatten, wieder eine Meile an Terrain gewannen. Die Unionisten blieben eine Meile weit vor der Position stehen, wo die Schlacht am Morgen begonnen hatte. Die Schlacht am folgenden Tage hatte einen großartigen Charakter. Man nahm an, daß das ganze Heer der Konföderierten unter Befehl des Generals Lee in der Front des Unionsheeres stand. Die Unions-Generale Heinzelmann und Porter eröffneten den Angriff am Morgen, stießen jedoch auf ungeheure Scharen konföderierter Infanterie und zogen sich in Ordnung zurück. Die Konföderierten avancierten hierauf mit ihren Batterien und entzündeten rasch Kartätschenladungen in die sich zurückziehenden feindlichen Reihen. General McDowell rückte hierauf zur Unterstützung der Unionstruppen vor und versuchte das Centrum zum Stehen zu bringen; die Konföderierten aber hatten seine Bewegung vorhergesehen, die Generale Sigel und McDowell wurden auf ihrem linken Flügel von den Konföderierten bedrängt und hatten an allen Punkten eine überlegene Truppenzahl gegen sich. General Sigel entwickelte eine große Bravour; die Truppen des Generals McDowell zogen sich in großen Haufen über Bull Run zurück. Um 5 Uhr Nachmittags wandte sich das Glück der Schlacht entschieden gegen die Unionisten. General Pope hatte alle seine Reserven herbeieordnet und versuchte noch immer den Tag zu retten; aber auf der ganzen Straße von Centreville waren Artillerie, Infanterie, Cavallerie, und Wagen in Verwirrung und zogen sich zurück. Der rechte Flügel des Unionheeres hielt sich noch ziemlich fest und verhinderte die Konföderierten, die errungenen Vorteile zu verfolgen. Die Nachhut des Unionheeres ging um 8 Uhr Abends in vollkommen guter Ordnung über Bull Run und zog sich nach Centreville zurück. General Mac Clellan wird scharf getadelt wegen seiner Weigerung, seine Truppen sofort, als er den Befehl dazu erhalten hatte, von Alexandria abzufinden. Man fürchtet, daß General Banks mit seinem ganzen Corps abgeschnitten ist. General Jackson marschierte mit 30,000 Mann ohne Zelte und Wagen in zwei Tagen von Appalachia aus eine Strecke von 40 (englischen) Meilen, gelangte durch Thoroughfare Gap in die Ebene und nahm Manassas.

Provinzial - Zeitung.

Breslau, 17. September. [Tagesbericht]

* Am 15ten d. M., Morgens gegen 10 Uhr, passierte die Stadt Hirschberg auf höchster Durchreise nach Schloß Erdmannsdorf. Ihre egl. Hoheit die Prinzessin Alexandrine von Preußen, um dort einige Zeit zu verweilen.

[Bank-Director Franz +] Heute Morgen starb nach längeren Leiden der königl. Bank-Director Johann David Franz im Alter von 72 Jahren; er war Ritter des eisernen Kreuzes, des rothen Adlerordens 3. Klasse mit der Schleife und des russischen St. Annen-Ordens. Geboren zu Gollnow in Pommern, begann er seine Laufbahn in Stettin, wo er sich dem kaufmännischen Fache widmete und eine tüchtige Vorbildung für seinen späteren Beruf erhielt. Die Zeit der Freiheitskriege fand auch ihn bei den Fahnen; er kämpfte mit Auszeichnung, erlangte Offiziers-Rang und wurde mit dem eisernen Kreuz dekoriert. Nachdem er seinen Abschied genommen, wurde er 1821 bei der königlichen Hauptbank in Berlin angestellt, fungierte daselbst bis 1825, und kam dann nach Breslau, wo er 1840 an die Spitze der Bank-Beratung trat. Auch als Stadtverordneter und Mitglied des Presbyteriums der Hofkirche wirkte er eine Reihe von Jahren. Während seiner thatenreichen Laufbahn hat sich Franz ausgezeichnete Verdienste um den Staat wie um unsere Stadt erworben; die Anerkennung folgt ihm über das Grab hinaus, daß er ein höchst pflichttreuer, wackerer und braver Beamter war, dem die Interessen des Handelsstandes nahelagen, den er durch seine große Umseit vor manchem Schaden bewahrte. Sein humaner, biederer Charakter und seine gewissenhafte Erfüllung der ihm obliegenden Berufspflichten, die in Zeiten der Gelö-Galimatost mit erheblichen Schwierigkeiten verknüpft waren, sichern dem Hingeschiedenen ein ehrenvolles Andenken.

[Sommertheater.] Ein kurzer Rückblick auf das bald verflossene Sommersemester zeigt, daß im Ganzen die Leistungen dieser Saison gegen frühere Jahre nicht zurückstanden, trotzdem die mitwirkenden Kräfte zumeist neu waren, die sich erst auf ein gutes Zusammenspiel durch längeres und fleißiges Studium vorbereiten mußten. Im Allgemeinen wußten Direktion und Schauspieler sich die rasch erworbene Gunst des Publikums zu erhalten. Ein großer Theil des Frühjahrs und des Sommers war die schwantende Witterung dem Verlust hinderlich; doch haben die letzten Monate, wo das Wetter beständiger war, und vielleicht auch die um diese Zeit in Gang gebrachten Omnibusse durch um so frequenten Aufprall einige Ausgleich ermöglicht. Die Aufführungen lieferten Ansangs fast nur Repetitionen aus der vorjährigen Saison; kaum aber war ein angemessenes Ensemble gewonnen, so folgte eine Novität der andern, und man muß sagen, mit probehaltiger Auswahl, da nicht eine einzige Fiasko gemacht hat. Es gab also viel Abwechslung; einige der neuen Produktionen, von einheimischen Dichtern verfaßt, haben der schlesischen Muße verdiente Anerkennung verschafft. Zu den Stücken, die am beißligsten aufgenommen und daher am häufigsten wiederholt worden, gehörte „der Golbonkel“, früher nur im Stadttheater gegeben, und die Eisenhardt'sche Margarethen-Parodie. Für das zweite Homann'sche Benefiz soll das neue Lustspiel: „Dick und Dünn“, oder: „Die beiden Wahnmänner“, von Robert Köhler, ausersehen sein. Einige Bühnenmitglieder haben Breslau bereits verlassen, die meisten anderen werden in kurzen von hier scheiden, um ihre Engagements für die Wintersaison anzutreten. Herr Jüttmüller hat eine Anstellung als Regisseur in Altona erhalten; Herr Wieje geht an das herzogl. Hoftheater in Altenburg; Herr Schlägell, der wahre Regisseur unserer Sommerbühne, Fr. Sobotta, eine gute Acquisition für muntere naive Rollen, und Herr Tech sind für das hiesige Stadttheater engagiert.

* * [Friedrichsgymnasium.] Bei der gestern unter dem Vorsitz des königl. Provinzial-Schulrates Herrn Dr. Scheibert abgehaltenen Abiturientent-Prüfung erhielten von vier Abiturienten zwei das Zeugniß der Reife.

= bb. = [Verschiedenes.] Gestern war das Gericht ausgesprengt, daß in dem Strohleicht auf dem Toßmarkt in der Nähe des Ursulinen-Klosters die Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden worden sei. Der diese Station überwachende Wächter wurde von einem Herrn Sicher in Kenntnis gesetzt, und ihm das angebliche Kind in einen Sack zur Abgabe an das Allerheiligsten-Hospital eingebändigt. Als er dieser Bestellung folgen wollte, betrachtete er sich das angeblich „totle Kind“ näher und siehe — es war eine Guttapercha-Puppe. Der Unbelannte aber, der ihm dieselbe übergeben hatte, war verschwunden. Kürzlich wurde ein Herr, welcher sich auf der Bohrerastraße von zwei Damen empfahl, da er nach Ohlau in Stellung treten sollte, vor einem herzumondenden Unbekannten injuriert, zu weiterem Streite gereizt, und endlich durch mehrere Messerstiche verwundet, die seine Unterbringung im Hospital nötig machte. — Als ein Jäger auf später Heimkehr den Weg nahe der Überfahrt nach Schweidnig passierte, sah er sich plötzlich von zwei Wegelagern überfallen, die ihn mit der Parole: „Geld oder die Uhr“ anschrien, deren einer aber auf Anhaken des Jagdhundes sich aus dem Staube machte, und der andere, nachdem es ihm gelungen, sich aus den kräftigen Händen des Angegriffenen zu befreien, durch die Ohle schwamm und dann in einem der Gärten verschwand.

* [Hundemaulkörbe.] Wie wir von gut unterrichteter Seite hören, hat die Petition um Abschaffung der Hundemaulkörbe wenig Aussicht auf Erfolg. Man ist höchstens geneigt, daß die Wintermonate jene lästige Einrichtung fallen zu lassen; für den Sommer dagegen soll dieselbe in ihrem bisherigen Umfange bestehen bleiben.

Breslau, 17. Sept. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Lauenzi-Straße Nr. 43 ein schwarzer Düsselaberzieher mit schwarz und weißkariertem wollnen Futter, ein Paar weiß und schwarzgemusterte Bützkinboen, ein Paar kalblederne Stiefeln, ein Damenmantel von hellgrauem Düssel mit Fuchsbesatz gefüttert, ein wollenes grauflaues Umhlagetuch, zwei weiße Flanell-Unterhose und circa vier Ellen graues Tuch; Schweißnizer-Stadtgraben Nr. 8 vier Stück messingene Bierbähne, neun Stück Würfel von Knöchen, zwei Bierspritzer, eine blaue gestrichene Unterjacke, eine Lederschürze, ein Paar neue fahllederne Stiefeln, ein Paar Niederschürze, ein weißer Handtuch, ein Paar Messer und Gabel, eine schwarze Rose, 25 Stück Egarren und sechs Stück Schlüssel; einer Dame während ihres Vermeilens in einer Wechseldandlung auf der Schweißnizer-Straße aus der Tasche ihres Kleides fünf österreichische Guldenstücke und zwanzig Silberg. preuß. Geld; aus der Markthalle Nr. 8 ein zur Schau ausgelegtes Stück gestreifter Plaque von circa 70 Ellen.

Gefunden wurden: zwei Gesinde-Dienstbücher, das eine auf „Louise Wilde“, das andere auf „Franz Stiller“ lautend; ein Hundemaulkorb und ein Schlüssel.

[Unglückfall.] Am 15ten d. Abends stürzte der hiesige Maurer-Polter S., während er auf seinem Neubau in der kleinen Scheiterstraße mit dem Einwölben eines Fensterbogens des Hochparterre beschäftigt war, von dem Gerüste in die sehr tief gelegenen Kellerräume hinab, wobei er von dem nachstürzenden Kallasten und mehreren Ziegeln, die ihm auf den Kopf und die Brust fielen, bedeutende Verletzungen am Kopfe so wie eine erhebliche Quetschung der Brust und einen Rippenbruch erlitt.

[Hundefang.] Im Laufe leichterlosener Woche sind hierorts durch Scharfrichter-Knechte 9 Stück Hunde eingefangen worden. Davon wurden ausgelöst 7, getötet —, die übrigen 2 Stück dagegen noch am 15ten d. M. in der Scharfrichterei in Vermahrung gehalten.

Angelommen: Seine Durchlaucht Fürst von Czartoryski aus Paris. Ihre Durchlaucht Prinzessin Czartoryski aus Paris. Prinz Czartoryski aus Belgien. Seine Excellenz General-Lieutenant von Kunowitsky aus Berlin. General-Major von Müller nebst Gemahlin aus Stralsund. Rentier Kierkood aus London. (Pol.-Bl.)

[Viequis.] 16. Sept. [Verschiedenes.] Das Verhalten unseres zweiten Abgeordneten General v. Pfuhl in neuerer Zeit hat unter den liberalen Wahlmännern des Wahlkreises allgemeine Missstimmung erregt, und was schon längere Zeit als vereinzelter Wunsch aufstach, tritt nun als bestimmte Forderung auf: dem Herrn General ein Misstrauensvotum zugehen zu lassen. Namlich sind es des Goldberg-Hainauer Kreises, die diese Forderung am lauesten aussprechen. — Nebenbei haben wir nach sehr vielen ironischen Bünften, u. A. den, daß es uns gelingen möge, an Stelle unseres Syndicus Gobbin, dessen Bestätigung zum Bürgermeister von Kolberg wohl nächstens erfolgen dürfte, einen gleich tüchtigen Mann zu erhalten. Es sollen schon einige in Borausicht genommen sein. Möge ein günstiges Ge- schick unter uns Stadtverordneten bei dieser Wahl walten. — Der Abzug unseres Theatergebäudes schreitet rüstig vorwärts, und bereits steigt es schon neuverjüngt aus der alten schmuckigen Hülle. Das Neuhause wird schön, aber in Bezug auf das Innere können wir eine Reihe von Zweifeln nicht unterdrücken; dafür fehlt noch aller Sinn, und seit der kurzen Glanzperiode unter Herrn v. Bequignolle sind wir in um so tiefere Nacht versunken. Mit der Bedeutung der Bühne liegt es bei uns wie anderwärts noch sehr im Argen. — Zwei Uebelstände sind bei uns stehen geworden: daß kein Ausgang für die Rittergasse und kein Abtrag für den Goldbergerthor-Thurm erlangt werden kann. Dahingegen kurirt man fleißig an dem Halse unseres Oberkirchenturms.

[Neumarkt.] 15. Sept. Am 11. d. M. hatte die hiesige katholische Gemeinde die Freude, den hochw. fürstlichböhmischen Commissarius, Domherrn Thiel, welcher die kanonische Kirchenvisitation hier abhielt, in ihrer schönen großen Pfarrkirche zu sehen und Worte der Anerkennung des hiesigen kirchlichen Sinnes, der Stärkung und des Segens aus dessen Munde zu hören. Genannte Kirche hat seit der vorjährigen Renovation zwar ein dem erhabenen Zweck ganz würdiges Innere erhalten, aber auch die größtentheils arme Gemeinde und der Ortsfarmer eine bedeutende Schuldenlast, über 1500 Thlr., zu deren Tilgung noch viele ihre milden Hände werden aufzuhun müssen, da diese nur durch Liebesgaben ausgebracht werden sollen.

[Strehlen.] 16. Sept. [Verkauf des Schiebhauses.] — Kreisgericht. Nachdem die hiesige Schützengilde beschlossen hatte, das vor acht Jahren neuerbauten Schiebhaus samt dazu gehöriger Anderfläche zu verkaufen, wurde seitens des Magistrats in Erwägung geogen, insbesondere der Anlauf dieses Grundstücks für die Commune vortheilhaft oder nothwendig wäre. Das gesammte Collegium entschied sich einstimmig für den Ankauf und begründete dieses Votum in einer den Stadtverordneten zugegangenen Vorlage damit, daß der am Schiebhaus befindliche Platz für die Stadt unentbehrlich wäre, und daß, da beide von einander getrennt nicht verkauft würden, ersteres mit in den Kauf genommen werden müsse. In der That ist dieser Platz der einzige, auf welchem bisher der Pferdemarkt und alle öffentlichen Volksfeste abgehalten werden konnten, auch wird er gegen eine Miethsentzädigung von unserer Garnison als Exerzierplatz benutzt. Das vor acht Tagen stattgehabte Thierchausfest stellte die Nothwendigkeit für die Stadt dar, sich dieses Planes zu versichern, auf das evidenteste heraus; gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, daß der Rindviehmarkt, welcher leider bei uns noch inmitten der Stadt abgehalten wird, über kurz oder lang verlegt werden müssen und daß die Stadt dann genötigt sein werde, für schweres Geld einen Platz anzukaufen. Trotz allem zeigten sich die Stadtverordneten erst nach dreimaliger Beratung in nicht bedeutender Majorität geneigt, der Ansicht des Magistrats beizupflichten; namlich wurde hervorgehoben, wie kostspielig und umständlich sich die Verwaltung derartiger Etablissements für eine Commune gestalte, und wie die Rentabilität, welche für den privaten Besitzer im vorliegenden Falle als unzweifelhaft anerkannt wurde, dadurch sehr beeinträchtigt erscheine. Der Termin zur freiwilligen Subhastation stand heute an und die städtischen Deputirten blieben mit 700 Thlr. im Weisgebote. Ob die Schützengilde, welche sich den Zuschlag vorbehalt, mit diesem Gebote, welches den Kostenpreis lange nicht erreicht, zufrieden sein wird, steht noch in Frage; es wird darauf ankommen, ob die Actionäre durch Verzicht auf einen großen Theil der rüdständigen Zinsen dem allgemeinen Besten ein Opfer zu bringen geneigt sein werden.

Vorigen Sonnabend sah oder stand vielmehr auf der Anklagebank des hiesigen Kreisgerichts ein 5½-jähriger Brandstifter, Sohn eines Infekters im benachbarten Dorfe Ulfshofe. Derselbe hatte, wie zur Zeit in diesen Blättern berichtet worden, an der Dominial-Scheuer mit Reibblätzen gespielt und dadurch dieses Gebäude und das darin befindliche Getreide in Brand gelegt. Das Kind beantwortete die an dasselbe gerichteten Fragen anfangs ziemlich dreist und verständig, fing jedoch dann zu weinen an und wurde natürlich freigesprochen, da erkannt wurde, daß es bei Ausübung der Handlung nicht mit Unterleidungsvermögen gehandelt habe.

[Gleiwitz.] 16. Sept. [Stadtwald.] — Rathaus. — Telegraph. Ein Antrag, der unserer Stadtverordneten-Beratung für die nächste Sitzung vorliegt, entspricht sicher dem Vortheile unserer Stadt, nämlich den Stadtwald zu verkaufen. Der Ertrag, den derselbe liefert, erreicht wohl kaum den vierten Theil der Zinsen, die sein Wert, in sicher Papieren angelegt, bringen würde. Dazu fehlt es unserer Stadt noch an manchen nothwendigen Anlagen, die aber nicht beschafft werden können, weil die Mittel dazu bei der ohnehin stark belasteten Commune nicht aufzubringen sind. Durch den Verkauf würde die Stadt aber alles das herstellen können, was ihr zum Vortheil gereicht und durch eine gute nugenbringende Verwendung und Anlegung des Kapitals der Kaufsumme von einem Theile der drüsden Steuern noch erleichtert werden. Die Gerechtigkeiten, die Hausbesitzer an ihm haben, sind aber so geringfügig, daß sie gar leicht abgelöst und die Inhaber entschädigt werden können. — Unter Rathaus, das einen recht schönen Thurm auf seinem Dache trägt, wurde in jüngster Zeit abgeputzt und im Innern ausgebaut. Bei der Maurerarbeit, die vorgenommen wurde, mußte ein Theil der morschgewordenen, gerade unter dem Thurm befindlichen Mauer weggerissen werden, und das Gebäude bekam bis zu den Giebeln hinaus durchgehende Sprünge. Die Mauern wurden indessen noch zeitig genug gesüßt und durch Wölbungen unterfangen, so daß eine weitere Senfung oder eine eigentliche Gefahr wohl nicht zu erwarten steht. Das ganze Gebäude sieht jetzt recht ansehnlich aus und der Magistrat hat nun seinen Sitz darin. — Vom 10. d. M. ab ist bei der mit dem Postamte kombinierten Telegraphestation der volle Tagesdienst eingeführt worden. Die Dienststunden sind demnach täglich von 7 und im Winter von 9 Uhr ab Morgens bis 9 Uhr Abends.

[Tarnowitz.] 14. Sept. [Wünsche.] Während man im Allgemeinen gewohnt ist, daß die königl. Direktion der Oberschlesischen Eisenbahnen den billigen Anforderungen des Publikums gern jede Berücksichtigung zu Theil werden läßt, ist es um so mehr bemerkend, daß dem schon öfters ausgesprochenen Wunsche, nicht nur, wie bisher, von hier nach Beuthen und Gleiwitz, sondern auch in umgekehrter Richtung Tagesbillets zu ertheilen, noch nicht genügt ist; ebenso kann man immer noch nicht von hier nach Morgenroth und umgekehrt Tagesbillets erhalten. — Ein anderer Uebelstand ist der, daß das Publikum darüber in Ungewißheit ist, wenn der am Ringe befindliche Postbriefkasten geöffnet wird. Warum ist die Stunde der nächsten Abholung nicht, wie in andern Städten, am Briefkasten ersichtlich? — Schon seit länger als 8 Tagen herrscht in unserer Stadt der größte Wassermangel. Wie unangenehm und wie gefährlich ein derartiger Zustand, namentlich bei einer etwaigen Feuersnot ist, liegt klar und wäre es wünschenswerth, diesen Uebelstand, der sich oft wiederholt, baldigst gründlich beseitigt zu sehen.

△ Leobschütz. 16. Sept. [Aus der Stadtverordnetenversammlung.] Auf die in letzter Sitzung der Beratung vorgelegten Broschüren, betreffend die im Geiste der „Kreuzigt.“ behandelte Heeres-Neorganisation, deren möglichste Verbreitung im Lande gewünscht wird, fiel der Antrag zu erklären: daß man von diesen Drucksachen, durch welche es auf eine Beeinflussung abgesehen sei, keine Notiz nehme. Die Beratung lehnte es ab, sich auf das politische Gebiet zu versteigen.

△ Hirschberg. 16. Sept. [Aus der Stadtverordnetenversammlung.] Auf die in letzter Sitzung der Beratung vorgelegten Broschüren, betreffend die im Geiste der „Kreuzigt.“ behandelte Heeres-Neorganisation, deren möglichste Verbreitung im Lande gewünscht wird, fiel der Antrag zu erklären: daß man von diesen Drucksachen, durch welche es auf eine Beeinflussung abgesehen sei, keine Notiz nehme. Die Beratung lehnte es ab, sich auf das politische Gebiet zu versteigen.

[Notizen aus der Provinz.] * Görlitz. Bezuglich der Gebirgs-Bahn wird demnächst eine Commission aus den Mitgliedern der städtischen Behörden zusammengetreten, die über die Grunderwerbs-Angelegenheit Beratungen pflegen wird.

† Hirschberg. Am 13. September sind die Schießstände der hiesigen Garnison von mehreren defachirten Herren Offizieren der Garnisonen aus Glogau, Görlitz und Hirschberg einer näheren Inspektion unterworfen worden. Man vermutet, daß dies mit einer aus Glogau veröffentlichten Nachricht in Verbindung steht, nach welcher in der nächsten Zeit eine heimliche Dislokation der Truppen der neunten Division stattfinden dürfte.

○ Grottkau. Da das silberne Königs-Kleinod der hiesigen Bürger-Schützen die Jahreszahl 1662 (in welchem Jahre es von den damaligen Magistratsmitgliedern der Gilde geschenkt wurde) trägt, fand sich die Schützen-Gilde veranlaßt, dieses Jahr als das ihrer Gründung anzusehen und beginnend am 15. d. M. das 200jährige Jubiläum derselben durch einen feierlichen Gottesdienst in der kathol. Kirche, gemeinschaftliches Mittagbrot und Fest-schiesse um drei silberne Erinnerungs-Medaillen.

In dem Dorfe Walzen, Kreis Neustadt, ist kürzlich bei einem vorigen Bauer ein Feuer ausgebrochen, welches bei dem starken Winde so rasch um sich griff, daß in einem Zeitraume von 2 Stunden die Kirche mit Thurm und Glocken, die Stallungen und Scheuren der Pfarrstie, 15 Bauernhäuser und 4 Gärtnerei so wie 7 Häuslerstellen eingehüllt wurden. Menschen sind nicht verunglückt, indeß mehrere Stück Vieh verbrannt. Das Feuer ist durch einen vierjährigen aufsichtslosen Knaben, welcher mit Bündhölzern den Dünker im Hofe des Bauern, wo das Unglück herauskam, in Brand setzte, verursacht worden. Der Schaden ist beträchtlich und wird auf 45,000 Thlr. geschätzt, die sämtliche Endte- und Futtervorräthe, so wie ein großer Theil der Wirtschaftsgeräthe verbrannt sind. Nur wenige der Besitzer sollen versichert sein. — Vor einigen Tagen wurde in dem Dorfe S. bei Goldberg das Endfest abgehalten. Anfangs herrschte nur Freude und Einigkeit, später brach aber eine Schlägerei aus, wobei sich auch der herrschaftliche Kutscher beteiligte. Als derselbe um Mitternacht nach Hause zurückkehrte, fielen mehrere Personen von neuem über ihn her und rißten ihn durch mehrere Stich- und Hiebmunden häuderkart zu. Man fürchtet für sein Aufkommen. Die Thäter sind ermittelt und zur Haft gebracht. — Auf der schwirklauer Straße, im rybniker Kreise, ist ein Bewohner von Bohlom von zwei ihm unbekannten Männern angefallen so erblich gemäßigt worden, daß er bestinnungslos liegen blieb. Es hatte sechzehn lebensgefährliche Wunden am Kopfe erhalten und war ihm außerdem der linke Arm gebrochen worden. Trotz der angstgefülltesten Recherchen haben die Thäter noch nicht ermittelt werden können. Da der Verleger nicht verhaftet worden, so scheint hierbei ein Act persönlicher Rache vorzuliegen.

Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen.

Bromberg, 15. Septbr. Hr. Lieutenant Freitag hat im wongrowijschen Kreise das Rittergut Podobowice, 1200 Morgen groß, für den Preis von 65,000 Thlr. gekauft. Der Boden ist von solcher Beschaffenheit, daß das Gut seiner Erträge wegen in der ganzen Gegend berühmt ist, so daß der gezahlte Preis die gewöhnlichen Güterpreise im hiesigen Bezirke übersteigt. — Hr. R. Nasse hat das Rittergut Raczkowko, circa 1000 Morgen groß, für 35,000 Thlr. gekauft. Nach Abrechnung der amortisierten Landschaft, ein sehr billiger Kauf. (Brom. 3.)

Pleschen, 13. Sept. [Die Wölfe.] welche seit vielen Wochen unsere Gegend zu ihrem Sommeraufenthalt gewählt haben, bringen sich von Zeit zu Zeit immer wieder in Erinnerung; so wurde vor kurzem einem Bauer in Radlin bei Miclow ein junges Pferd zerrissen.

Samter, 12. Sept. Unter dem Rindvieh der Domänen Samter, Jastrowo und Szczepantow ist der Milzbrand ausgebrochen und es sind demzufolge diese Dörte für den Verkehr mit Vieh, frischem Fle

wirthschaft und bewohnt. Er ist zu jener Zeit überhaupt erst nach Schlesien gekommen; früher war er in der Rheinprovinz Pächter, war aber von dort weggegangen, da er dort in den Jahren 1856 und 1858 Brandschäden erlitten hatte. Auch in Klein-Kösel verfolgte ihn dasselbe Unglück; seine Beizügung brannte in den Jahren 1860 und 1861 wiederholzt ab, ohne daß der Thäter zu ermitteln gewesen wäre. Am 16. Dezbr. 1861 endlich brach abermals auf seinem Hofe ein Feuer aus, welches den Kub- und Pferdestall, so wie einen Anbau des Wohnhauses in Asche legte und bei welchem auch einiges ihm gehöriges Vieh verbrannte. In dem Anbau schliefen seine Mägde, auch war durch den Brand desselben augenscheinlich sein Wohnhaus in hohem Grade gefährdet. Nachdem Hilles seinen Brandschäden auf etwa 600 Thlr. liquidirt hatte, wurde ihm derselbe auf etwa 452 Thlr. ermäßigt ausgezahlt.

Die Anklage hat nun behauptet, Hilles selber habe vorsätzlich die Brandstiftung verübt, und war hauptsächlich auf die Angaben einer Dienstmagd Mleczko gestützt. Diese nämlich hatte in der Voruntersuchung ausgesagt, sie habe am betreffenden Abende den Hilles in den Kuhstall, in welchem das Feuer herausgekommen, gehen sehen, als sie gerade mit der gemolkenen Milch nach der im Wohnhause befindlichen Küche gegangen. Sie lebte darauf nach dem Kubstalle zurück und fand dort zufällig unter zwei Schüttten Stroh eine fast ellenlange glimmende Lunte, welche sie ausdrückte. Auch rief sie bald einen Knecht und den Hilles herbei, welche beim Wegräumen des übrigen Strohes neben der Stelle, wo die Lunte gelegen hatte, einen Cigarrenkasten fanden, in dem sich noch eine Schachtel mit Zündhölzchen, so wie einige Stücke zusammengeballtes Papier befanden. Hilles ging nun mit seinen beiden Dienstleuten nach der Wohnung zurück, wo sich die letzten ruhig zum Abendbrot setzten. Bald darauf hörten sie das Biel im Stalle brüllen und ein Blick auf denselben überzeugte sie, daß das im Kubstall übrig gebliebene Stroh so sehr in Flammen stand, daß man auch nicht mehr daran denken konnte, in denselben einzudringen und das Vieh zu retten. Bald war auch der Anbau vom Feuer ergriffen und mit Mühe nur konnten daraus die beiden dasselbigen Mägde ihre Habseligkeiten retten.

Diesen Behauptungen der Anklage trat indessen die Vertheidigung aufs Wirtsame entgegen. Zuerst ging sie sehr ausführlich auf die Aussagen der betreffenden Dienstmagd Mleczko ein. Und in der That vermochte diese heute nur zu betunen, in ihrer früheren Vernehmung müsse sie falsch verstanden worden sein, sie habe Hilles an jenem Abende nur in der Richtung auf den Kub- und Pferdestall zu, nicht in ersteren hineingehen sehen. Die beiden Ställe liegen nämlich hart an einander. Wie aber der eine Dienstmeister des Hilles vollkommen glaubwürdig ausgesagt hat, ist Hilles eben in den Pferdestall gekommen und dort bei ihm gewesen, während das Feuer im Kubstalle heraus kam. Es ist in keinem Falle erwiesen, daß Hilles auch im Kubstalle gewesen. Auch später, als das Feuer zum zweiten Male in denselben ausbrach, war Hilles in seinem Wohnhause. Ferner widerlegt der Hr. Vertheidiger auch das dem Hilles in der Anklage imputierte gewünschte Motiv, indem er nachweist, daß seitens desselben durchaus keine Ueberver sicherung stattgefunden und so wird Hilles von der Anklage der vorsätzlichen Brandstiftung freigesprochen.

Breslau. [Personalien.]

[Offene Lehrerstellen.] 1) Die evangelische Lehrerstelle in Otto-Langendorf, Kreis Poln.-Wartenberg, ist vacant. Das Einkommen derselben ist auf 165 Thlr. abgeschätzt. Bocirungsberechtigt ist das Dominium. — 2) Die evangelische Lehrerstelle in Klein-Löbauer, Kreis Wohlau, ist vacant. Das Einkommen derselben wird auf 167 Thlr. geschätzt. Bocirungsberechtigt ist das Dominium.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

**** Breslau, 17. Sept. [Bücher-Bericht.]** Das Geschäft in Buder wollte sich auch in diesem Monat noch nicht beleben, und bleiben Umsätze am Platze nur auf den Bedarf beschränkt, da die zu Wasser unterwegs gezeigten Partien wohl ziemlich alle herangekommen sind. — Notizen können wir heute: Raffinade 17½—17½ Thlr., Melis 16½—17 Thlr., weiße Farne 15½—16½ Thlr., gelbe 12½—13½ Thlr., braune 11—11½ Thlr. pr. Centner.

Amsterdam, 17. Septbr. (Erstes Telegramm der Herren Coomans Born und Philipp.) In der heute hier abgehaltenen Kaffe-Auction wurden folgende Preise bezahlt:

Cts.	Taxe.	Cts.	Cts.	Taxe.	Cts.
Nr. 1 60	"	57		Nr. 11 52½	"
" 2 59	"	55		" 12 52½	"
" 3 50	50—50%			" 13 51½	"
" 4 47	" 47½—48			" 14 50½	"
" 5 56	" 55			" 17 47	"
" 6 56	" 54			" 18 47	"
" 7 53	" 51—52			" 20 46½	"
" 8 51½	" 49—49½			" 21 45½	"
" 9 46	" 46½			" 22 45½	"
" 10 46½	" 46			" 23 46	"

+ Breslau, 17. Sept. [Börse.] Die heutige Börse war mit Bonds und Eisenbahntickets fest. Österr. Effekten etwas besser als gestern. Der Umsatz blieb beschränkt. Poln. Papiergeld 88½—88%, österr. Banknoten 79% bezahlt. National-Anleihe 65% Br., Credit 85%—85%. Von Eisenbahntickets wurden Überschläge 170%, Freiburg 136% bezahlt.

Breslau, 17. Sept. [Amtlicher Produkten-Börse-Bericht.] Roggen (pr. 2000 Pfld.) mittert; gef. 1000 Ctr.; pr. September 45 Thlr. Br., September-Oktober 44½ Thlr. Br., Oktober-November 43½ Thlr. Gld. und Br., November-Dezember 42½ Thlr. Gld., Dezember-Januar —, April-Mai 42½ Thlr. Br.

Hafser pr. September und September-Oktober 19½ Thlr. Gld., April-Mai 21 Thlr. bezahlt und Gld.

Rübsöl geschäftslos; gef. 100 Ctr.; loco und pr. September 14½ Thlr. Br., September-Oktober 14½ Thlr. Br., Oktober-November 14½ Thlr. Br., November-Dezember, Januar und Januar-Februar 14½ Thlr. Br., Februar-März —, April-Mai 14 Thlr. Br.

Kartoffel-Spiritus matt; loco 16½ Thlr. Gld., pr. September 16½ Thlr. Gld., September-Oktober 16½ Thlr. Gld. und Br., Oktober-November 16 Thlr. Br., November-Dezember 15½ Thlr. bezahlt, Dezember-Januar —, April-Mai 15% Thlr. Br.

Bind obne Umsatz, Markt fest.

Die Börsen-Commission.

Vorträge und Vereine.

-1. Breslau, 13. Sept. [Neu-Deutschland-Verein.] Die heutige Versammlung war von mindestens 60 Frauen und Männern besucht und bezeugte das steigende Interesse an dem Vereine. Der Vorsitzende, Hr. Dr. Thiel, erstaute Bericht über die Colonie helvetica in Uruguay, begründet durch das baseler Bankhaus Siegrist u. Fender unter Mitwirkung des schweizer Regierungs-Abgeordneten Sommer-Geiser, erfreut die Colonie sich eines glücklichen Gediebens und einer immer größeren Ausbreitung. (Der Mangel an Raum gestattet uns nicht, den Bericht auch nur auszugsweise wieder zu geben. D. Red.) — In der nächsten Sitzung findet die definitive Wahl des Vorstandes statt.

2. Breslau, 16. September. [Im Handwerker-Verein] holte gestern Abend Herr Professor Mehländer seinen früher wegen Extraktion ausgezehrten Vortrag nach, der in Erklärung von Schiller's Gedicht: "Der Spaziergang", bestand, das er aussführlich nach Form und Inhalt behandelt. Aufmerksam folgte die Versammlung dem beispielhaft aufgenommenen Vortrag. Hierauf teilte Herr Olscher mit, daß es ihm gelungen sei, Herrn Professor Forster zu einer Vorstellung für den Handwerkerverein zu gewinnen, die wahrscheinlich nächsten Freitag stattfinden wird, und wozu die Billets in der nächsten Vereinsversammlung, Donnerstag, sowie Freitag im Magazin der vereinigten Schneidermeister zu haben sein werden. — Herr Postsecretair Kühn zeigte an, daß er im künftigen Winterhalbjahr 2 stenographische Kurse eröffnen werde, den ersten vom 1. Oktober bis den letzten Dezember, den zweiten vom 1. Januar 1863 bis Ende März; im ersten wird die Stolzzeiche, im zweiten die Gabelsberger'sche Methode gelehrt werden; Mittwoch und Sonnabend um 8½ Uhr, Honorar 2 Thlr., wofür jedoch die Hilfsmittel geliefert werden; die Fortsetzung der Zusammensetzung der gelübten Stenographen findet Dienstag und Freitag gegen ein Honorar von 1 Thlr. statt (Oblauerstraße Nr. 56/57). — Herr Musikkreis Bunse eröffnete, daß die Übungen der Gesangsklasse 1. Abtheilung zu den gewöhnlichen Stunden, die der Ansänger Mittwoch von 9—10 und Dienstag und Freitag von 8 bis 8½ Uhr abgehalten werden sollen.

3. Breslau, 11. September. [Christkatholische Gemeinde.] In der diesmaligen Gemeindeversammlung wurde nach Vorlesung des Kassenberichtes mitgetheilt, daß seit den letzten zwei Monaten 5 Personen zugezogen und 5 gestorben seien. Ein Antrag des Jungfrauenvereins, die Gemeinde möge genehmigen, daß er ihr einen Kronleuchter nebst Kandelabern

für die Gemeindehalle schenke, wurde genehmigt und dem Verein der Dank ausgesprochen für die Unterstützung, welche er der Gemeinde durch sein Bestreben gewährt. Ein vom Vorstande und den Altesten gestellter Antrag, betreffend die Begräbnisse von Kinderleichen, wurde dabin genehmigt, daß nur die aus der inneren Stadt zu Beerdigenden vom Todtengräber getragen, für die Anderen aber Wagen gestellt und dafür 10 Sgr. in Anrechnung gebracht werden sollen. Eine weitere Besprechung betrifft die seit dem Jahre 1849 bestehende Blum-Stiftung, deren Zweck die Unterstützung der Schulen besuchenden ärmeren Kinder ist. Die Interessen betragen z. B. ca. 12 Thlr., 3 sollen in der angegebenen Richtung jetzt zur Verwendung kommen. Ein Antrag auf Aufhebung des Beschlusses, wonach besonders wichtige Angelegenheiten der Entscheidung von drei Gemeindeversammlungen unterteilt werden müssen, wurde schließlich der Altestenversammlung zu nochmaliger Erwägung überwiesen. Hr. Pred. Krebs aus Löwenberg, der Vormittags Vortrag in der Gemeinde gehalten hatte und der Versammlung als Gast beiwohnte, brachte der Gemeinde Grüße aus den Gemeinden Löwenberg, Laubau, Friedberg a. Q. und Goldberg und teilte Einiges über deren Verhältnisse mit. Herr Pred. Höfferich gab eine Übersicht über die bis jetzt bestehenden freien religiösen Gemeinden, deren circa 120—130 in Deutschland sind; zum „Bunde“ der Gemeinden gehören 110. Endlich wurden die Mitglieder auf das Rekord des kgl. Stadtgerichts aufmerksam gemacht, wonach die Kinder gerichtlich aus der Landeskirche gesiedelter Eltern eine Austrittsrechtslage nicht mehr nötig haben.

? Breslau, 16. Sept. [Feuer-Rettungs-Verein.] Nachdem

Mehrere Anfragen von Seiten der Magisträte in der Provinz bezüglich der Feuersicherheit der Bedachung derjenigen Gebäude, welche mit Holz oder Pappe noch vor dem Ober-Präsidial-Erlasse vom 28. Mai v. J. eingedacht worden sind, veranlassen uns zu nachstehender Erörterung:

Die Bestimmung ad II. in dem vorerwähnten Ober-Präsidialerlaß „vor Auflegung des Bedachungsmaterials ein Probestück der vorgebrachten Prüfung zu unterwerfen“ ist nur eine vorläufige Vorschrift für diejenigen Gebäudebesitzer, welche ihre Gebäude mit dem vorgenannten Bedachungsmaterial zu deren beabsichtigten, damit dieselben über die Feuersicherheit des von ihnen gewählten Bedachungsmaterials, so wie zugleich hinsichtlich der Einschätzung der betreffenden Gebäude in die erste Hauptklasse bei der Provinzial-Städte-Feuer-Sozietät noch vor Auflegung derselben die nötige befriedigende Kenntnis erlangen.

Selbstverständlich aber ist die Prüfung des in Rede stehenden Bedachungsmaterials nach bereits erfolgter Auflegung derselben auch noch nachträglich ausführbar. In allen solchen Fällen haben die betreffenden Hausbesitzer daher behufs Einschätzung der qu. Gebäude in die erste Hauptklasse bei der Provinzial-Städte-Feuer-Sozietät aus der bereits vollendeten Pappe oder Holzbedachung, alsdann nur ein nach dem vorerwähnten Ober-Präsidial-Erlasse vorgeschriebenes Probestück des zur Bedachung verwendeten Materials herausnehmen und nachträglich der vorgeschriebenen Prüfung, entweder durch den Bezirksbaubeamten, oder andernfalls durch die städtische Bau-Deputation unterwerfen zu lassen, und demnächst die hierüber vorgeschriebenen beiden Atteste, nämlich:

- 1) daß das Probestück feuerfester gefunden, und
- 2) daß das übrige auf das Dach bereits ausgelegte Material dem Probestück vollkommen entspricht,

Breslau, den 10. September 1862. [2210]

Königliche Regierung. Abtheilung des Innern.

Königs- und verfassungstreuer Verein.

Erläuterung.

Wir erklären uns für die ins Leben gerufene Armee-Reform; denn wir erachten dieselbe:

- 1) für politisch — geboten,
- 2) für volkswirtschaftlich — vortheilhaft,
- 3) für finanziell — durchführbar.

Die großen Gegenvölker, welche die Welt erfüllen und nach Ausgleich ringen, sind nicht wegzuleugnen. Raum Ein Staat wird der Mitleidigkeitlich entziehen können. Die Folge davon ist ein bewaffneter Frieden, dessen Ausgang nicht abzusehen ist. Nur eine schlagfertige Armee vermag in jedem Entwicklung-Prozeß die Machstellung Preußens zu sichern. Deshalb ist die Vermehrung des stehenden Heeres eine politische Notwendigkeit. — Vermöge der allgemeinen Wehrpflicht ist Preußens Heer ein Volkssheer. Aber die Wehrpflicht muß die bürgerlichen Verhältnisse schonen, das Haupt möglichst wenig der Familie, den Nahrungsgeber möglichst wenig seinem Erwerbswege entziehen, zumal in einer Zeit, wo der Einzelne seinen bürgerlichen Berufe erfüllt, durch Concurrenz bald überflügelt wird. Deshalb muß die Heranziehung der Landwehr sparsam erfolgen. Die Armeereform hat dem Rechnung getragen; sie ist daher ein volkswirtschaftlicher Gewinn. — Die in das Land geschleuderte Klage über eine übermäßige Anspannung der Steuerkraft hat, wenn man die Verhältnisse anderer Staaten ins Auge faßt, nach den vergleichenden Forschungen bewährter Statistiker als nicht begründet sich erwiesen. Zu klagen ist nur über die politische Unzulänglichkeit, mit welcher in so leichtsinniger Weise die Produktivität unseres Bodens und unserer Arbeit, die Opferwilligkeit unserer Nation und deren nachhaltige Wehrkraft in Frage gezogen, das moralische Gewicht unseres Staates nach außen abgeschwächt, und der unverständige Theorie von der „künstlichen Großmachstellung Preußens“ Nahrung gegeben wird. — Darum wünschen wir, daß die Staatsregierung und mit ihr die Landesvertretung unbefriedet möglicher Einsparungs festhalte am Wesen und am leitenden Gedanken der ins Leben gerufenen Armeereform. Die Bedenken gegen die Verfassungsfähigkeit ihrer Einführung erscheinen — der Sache selbst gegenüber — nur von untergeordneter Bedeutung; denn mit der Anerkennung der guten Sache erledigen sich dieselben von selbst. — Aber Ablehnung des Guten unter der Phrase des zwingenden Prinzips würdigt den Constitutionalismus herab zum weichen Formalismus, zu einem Scheinconstitutionalismus, unter dessen Erscheinung die Landeswohlfahrt unvertrümmern, und Preußens Größe ungefähr zusammenbrechen mag. Davor bewahre uns Gott durch den von Ihm uns gesetzten König und durch den gesunden Sinn des Preußischen Volkes.

So beschlossen in der allgemeinen Versammlung des Vereins zu Breslau am 16. September 1862. [2218]

Der Vereins-Vorstand:

Freiherr von Falkenhäusen, Oberst a. D. Dr. Friedlieb, Professor. Friedrich, Buchdruckereibesitzer. von Görz, Geh. Regierungsrath. Glinicke, Zimmermeister. Grabowski, Stadtrath. Hegold, Kaufm. Hübner, Justizrat und General-Landschafts-Syndikus. Nösler, Bäckermeister. Noether, Posthalter. Raffer, Commerzienrath. Siemon, Kaufmann. Somme, Juwelier. Winkler, Rendant.

* [Schwurgericht.] Donnerstag, den 18. Sept. stehen folgende Anklagen zur Verhandlung an: Vormittag 8 Uhr wider den Gärtnergehilfen Georg Mengemann aus Breslau wegen Urkundenfälschung, widerholten Betruges, einfachen Diebstahls und Unterschlagung im Rücken; Borm 8½ Uhr: wider den Tagearbeiter Joseph Leidmann aus Brojowitz wegen widerholten neuen schweren Diebstahls; Borm. 9 Uhr: wider den Inwohner Gottfr. Nagel aus Sulau wegen schweren Diebstahls im dritten Rücken und Vermögensbeschädigung; Borm. 9½ Uhr: wider die unvereh. Josephina Rischer aus Voitmannsdorf wegen Kindesmordes.

R. Kattowitz. — Entgegnung. — „Spät, aber doch!“ In Nr. 425 der Breslauer Zeitung und 213 des Schles. Morgenblattes befindet sich ein mahlos, den R. Referenten der Schles. Btg. mit Bezug auf seine in Nr. 419 dieses Blattes enthaltene Mitteilung über die hiesige Synagogeneinweihung geflügelter persönlicher Angriff, welcher mir nur dem fremden Leser gegenüber eine Entgegnung abdringt, da er für die, in die localen Verhältnisse eingeweihten obnedies nichts weiter bedeutet, als die mit dem Schmerzenssack verlebter Eitelkeit von seinem Gehilfen ziemlich ungefähr aufgeputzte Reklame eines etwas ruhigeren Maurermeisters. Dieser von mir nicht, und zwar absichtslos nicht genannte „Gremmann“, welcher ohne jeden materiellen Vortheil und mit größter Uneigennützigkeit die Bauleitung und Ausführung auf und über sich hatte — hat mich (a) selbst der einzige gerechtfertigten Veranlassung, ihm unparteiisch es Lob zu spenden, beraubt), nachdem er mit denselben obigen Worten jenes eigene Verdienst als „öffentlicher Sprecher“, über das Vorurtheil sogenannter Beschuldigkeit sich hinwegschend, etwa zweimal (er war nämlich das erstmal in Stodesgericht von den Stufen des neuen Tempels herab vor versammeltem Volke eigenmündig proklamiert hatte). — Was bedurfte es dann noch weiteren Ruhmens meinerseits? weshalb hätte ich ihn sonst nicht in einem Referate, das objektiv gehalten, nur ins Auge fallende Thatsachen und — solche Personen berücksichtigt, deren Erwähnung mir im öffentlichen Interesse geboten erüchten? Bei jedem Bau wirken jedoch selbstverständlich Maurer-, Zimmer- und andere Meister mit, die schließlich auf Kosten des Zeitungstraumes billigerweise dann alle genannt werden müssten; abgesehen von deren Gehilfen, die vielleicht auch gern einmal ihren Namen gedruckt sehen wollen. Als „öffentlicher Sprecher“? — ja, da hat er mir doch in Folge seiner schlechten memoriren und dann nicht geläufig gelegte abgelesenen Anrede zu wenig imponiert! — Wenn nun gar der Sachwalter des Gefährten es gewißt machen will, nur schon 8 Jahre bekannt ist, daß letzter gewiß nicht in seinen Augen durch Angriffe dieser Sorte für herabgekehrt, im Gegenteil: er hat bereits die Lächer auf seiner Seite und das sind die besten Kampfgenossen. Mag doch künftig im geeigneten Falle Herr ... gleich von vornherein seinen Prinzipal verherrliche Referate selbst schreiben; Reklame ist es so wie so.

Hôtel du Nord! vis-à-vis dem Central-Bahnhofe empfiehlt seinen Mittag-Tisch im Abonnement. [2227]

Ginnahme der Hessischen Ludwigs-Eisenbahn pro August 1862, vorbehaltlich definitiver Feststellung.

- 1) Aus dem Personen-Berlehr 93,9

Die heute stattgefundenen Verlobung unserer Tochter **Emmeline** mit dem Lehrer an der hiesigen Stadtschule Herrn **Hanisch** beehren wir uns Verwandten und Freunden hierdurch ergebenst anzuseigen.

Oppeln, den 16. September 1862.

Pollack und Frau.

Unsere heut vollzogene Verlobung beehren wir uns entfernten Verwandten statt besonderer Meldung hiermit ergebenst anzuseigen.

Sagan, den 14. September 1862.

Pauline Müller.

[2557] **Gustav Kohlmann.**

Gustav Steinhalt,

Jenny Steinhalt, geb. Bruck,

Neuvermählte.

[2200]

Ratibor u. Berlin, 14 Sept. 1862.

Unsere heute vollzogene eheliche Verbindung zeigen wir hierdurch an.

[2558]

Beuthen O.S., den 15. Sept. 1862.

Theodor Sommer, Kreisrichter.

Caroline Sommer, geb. Grycik.

Heute Abend 10^{1/2} Uhr wurde meine liebe Frau **Juliane**, geb. **Freyer**, von einem muntern Knaben glücklich entbunden.

Breslau, 16. September 1862.

[2565] **Theodor Roth.**

Die gestern Abend erfolgte glückliche Entbindung meiner geliebten Frau **Anna**, geb. **Goldstein**, von einem gelunden Mädchen zeige ich Verwandten und Freunden statt besonderer Meldung hierdurch ergebenst an.

Breslau, den 17. September 1862.

[2567] **Bertrand Sadig.**

Statt jeder besonderen Meldung.

Nach langen schweren Leiden entschließt sich zu einem besseren Leben unser innig geliebter Gatte, Vater, Schwiegervater und Grossvater, der Kgl. Bankdirector, Ritter u. s. w., Herr **Johann David Franz**, im 73sten Lebensjahr. Theilnehmenden Freunden zeigen wir dies tief betrübt hierdurch an. Breslau, den 17. Sept. 1862.

[2571] **Die Hinterbliebenen.**

Heute Vormittag gegen 11 Uhr starb hier selbst Herr Bankdirector **Johann David Franz**, Ritter des eisernen Kreuzes, des rothen Adlerordens dritter Klasse und des russischen Annenordens. Nachdem er als Offizier an den Freiheitskriegen 1813—15 den rühmlichsten Anteil genommen, trat er am 6. März 1820 in den Dienst der Preussischen Bank und wurde am 26. April 1825 zum Buchhalter bei der Königlichen Bank zu Breslau ernannt.

Seit dem 8. Mai 1841 hat er als erster Vorstands-Beamter die Geschäfte der selben geleitet und wurde am 7. Dezember 1844 in Anerkennung seiner Verdienste durch Allerhöchste Ernennung zum Bank-Director ausgezeichnet.

Der Staat verliert an ihm einen treuen Diener, der im Dienste der Preussischen Bank länger als 42 Jahre segensreich gewirkt hat; die Unterzeichneter betrauen in dem Entschlafenen einen liebenswürdigen Vorgesetzten, Collegen und theilnehmenden Freund.

[2231]

Breslau, den 17. September 1862.

Der Commissarius und die Beamten des Königlichen Bank-Directoriums.

Heute starb am gastrischen Fieber und dazu getretenen Krämpfen unser innig geliebtes einziges Töchterchen **Emilie**, im Alter von 2½ Jahren.

[2577]

Göb, den 17. September 1862.

B. Winkler, Gutsbesitzer.

Caroline Winkler, geb. Preßlich.

Heute Vormittag entschließt hier nach langer Leid Dr. **J. Naschkow** aus Glogau zu einem besseren Dasein. Diese traurige Anzeige widmen seinen Freunden:

[2561] **Die Hinterbliebenen.**

Berlin, den 16. September 1862.

Todes-Anzeige.

Dienstag den 16. d. M., Nachmittag 3 Uhr, entschließt nach langen Leiden zu einem besseren Sefseits Frau **Emilie Reinert**, geb. **Mekker.**

Neustadt O.S., den 16. September 1862.

Adolf Mekker.

Todes-Anzeige.

Am 15. d. M. früh 6 Uhr entschließt nach vierwochentlichem Leiden unsere innigst geliebte Frau, Mutter und Schwester, **Mariane Färber**, geb. **Guttman**, im blühenden Alter von 45 Jahren.

Wer die Biederkeit und Herzengüte der Verstorbenen kannte, wird gewiß sein stilles Beileid nicht versagen.

[2203]

Beuthen O.S., den 16. September 1862.

Die Hinterbliebenen.

Heut Nachmittag 5½ Uhr verschied nach achtwöchentlichen schweren Leiden unser einzig geliebtes Kind **Clementine** am Lungenschlag im Alter von 6 Jahren 1½ Monat, welches wir Freunden und Bekannten, um stille Theilnahme bitten, tief betrübt ergebenst anzeigen.

[2209]

Glaz, den 15. September 1862.

A. Beck und Frau.

Die Beerdigung findet Donnerstag Nachmittags 1½ 3 Uhr statt.

Familien-Nachrichten.

Verlobungen: Fr. Anna Kober mit Hrn. **Istob Haarwitz** in Breslau, Hr. L. M. Krot mit Fr. Flora Gaertner in Kempen.

Chel. Verbindung: Hr. Arlatus von Fabianowski mit Fr. Cecilia Adam, Hr. Kreisrichter Theodor Sommer mit Fr. Karoline Grycik in Beuthen O.S.

Geburt: Ein toder Knabe Hrn. Gymnasiallehrer A. Schmid in Breslau.

Todesfälle: Hr. Kreisgerichts-Rath Jul. Hertel aus Glogau in Warmbrunn, Hr. Möbel-Fabrikant German Weisbach in Glogau.

Verlobungen: Fräulein Hedwig Mendel

mit Hrn. Gustav Paech in Berlin, Fr. Rose

Kaufmann mit Hrn. Louis Medenb

das, Fr. Clara Hirschfeld mit Hrn. Hermann Blumenfeld das, Fr. Minna Gerganne mit Hrn. Wilh. Pezahl jun. das, Witwe Marie Moritz geb. v. Reichenbach mit Hrn. Gust. Hoffmann das, Fr. Johanna Boby mit Hrn. Fritz Hanckwitz in Dresden, Fr. Hermine Sander mit Hrn. Alex. Bayer, Wittstock und Berlin.

Chel. Verbindung: Hr. Kreis-Physitus Dr. Oscar Richter mit Fr. Linna Graef in Weissenfels.

Geburten: Ein Sohn Hrn. H. G. Rudolph Herbert in Berlin, Hrn. Dr. Georg Lewin das, eine Tochter Hrn. Kaufmann Hermann Kettner das, Hrn. M. Tichy das, Hrn. Jul. Liepmann in Manchester, Hrn. H. Klaeger in Lübben.

Todesfälle: Hr. Rentier Fr. Wilhelm Ernst im 72. Lebensjahr in Berlin, Hr. Paul George im 79. Lebensjahr das, Frau Marie Elisabet Friederike Meinert geb. Wendt im 71. Lebensjahr das.

Dankdagung.

All den, welche mir bei Beerdigung meines Mannes, des Schlossermeisters G. Pehhold, ihre Theilnahme in so reichlichem Maße bewiesen haben, hiermit herzlich dankt. Breslau, 16. September 1862.

[2565] **Theodor Roth.**

Theater-Neptunfeier. Donnerstag, 18. Sept. (Kleine Preise.) „Doktor Wespe.“ Lustspiel in 5 Akten von R. Benedict. (Doktor Alfred Wespe, Hr. Engelhardt, als Gast.)

Freitag, den 19. Sept. (Gewöhnl. Preise.) „Margarethe.“ (Faust) Große Oper in 4 Akten, nach Göttke von J. Barbier und M. Carré. Musik von Gounod.

Sommertheater im Wintergarten. Breslau, 18. Sept. (Kleine Preise.) „Wie es weint und lädt.“ Volksstück mit Gefang in 8 Akten und 10 Bildern von D. J. Berg und D. Kalisch. Musik von A. Conradi — Anfang des Concerts 3½ Uhr, der Vorstellung 5½ Uhr.

Freitag, den 19. Sept. Zum Benefiz für Fraulein Eckert. „Der unsichtbare Barbier, oder: Mutter und Brant.“ Charakter-komisches Lebensbild in 3 Akten und 6 Rahmen mit Gefang, Tanz und Gruppenungen von R. Kneisel, Verfasser der „Lieder des Blasfanten“. Musik vom Kapellmeister Stradke.

Kindergarten-Verein. Sonntag 21. Sept. Vorm. 11 Uhr, im Kindergarten-Lokale, Breitestraße 25 (Eingang v. d. Promenade).

Stiftungsfest. (Festrede, gehalten von Hrn. Sem.-Oberlehrer Scholz, Spiele der Kinder &c.)

Die geehrten Vereinsmitglieder und Eltern der den Kindergarten besuchenden Kinder, so wie die Freunde und Gönner der Kindergärtner werden hierzu ergebenst eingeladen.

Der Vorstand.

Kaufmännischer Verein. Freitag, 19. Sept., Abends 8 Uhr, im König von Ungarn: Mittheilungen über eingegangene Schrift- und Drucksachen.

[2214]

Anzeige.

Nachdem ich mein Gut Zychlewo, Kreis Kröben, verkauft, so sind alle weiteren Anfragen, als auch die erhaltenen Verkaufsaufträge als erledigt zu betrachten.

[2221]

Elsner, Gutsbesitzer.

Von heute ab habe ich meine Wohnung von Ring 48 nach der Katharinenstraße Nr. 6 verlegt.

Louis Levy, vereideter Makler.

[2578]

Ich wohne jetzt:

Nikolai-Stadtgraben 6 a.

Moritz Schlesinger,

[2581] vereideter Makler.

Um die nötige Ordnung in unserer Synagoge während der hohen Festtage zu erhalten, ersuchen wir die verehrlichen Mitglieder, ihre Karten mitzubringen, da nur gegen Vorzeigung derselben der Eintritt gestattet werden kann. Die wenigen noch freien Stellen werden Dienstag den 23. d. M.; Nachm. von 4 bis 5 Uhr in der Synagoge vergeben werden.

[2229]

Der Vorstand der großen Synagoge.

Die hiesige Gemeinde beabsichtigt zu Michaelis oder Weihnachten d. J. die Anstellung eines Cantors und Lehrers. Der feste Gebalt beträgt 300 Thlr., die Nebeneinnahme beträgt ungefähr 100 Thlr. Reflektanten belieben sich in portofreien Briefen unter Einsendung ihrer Zeugnisse an den unterzeichneten Vorstand zu wenden.

[2575]

Namslau, den 16. September 1862.

Der Vorstand der Synagogen-Gemeinde.

Quartett-Soiréen.

Die Unterzeichneten beehren sich hiermit ergebenst anzuseigen, dass sie am 23. und 26. dieses Monats unter gütiger Mitwirkung der Herren Cantor Kahl, Hainsch, Mächtig und Heyer zwei Quartett-Soiréen im Musikaale der Universität veranstalten werden. Billets à 1 Thlr. zu beiden Soiréen sind in den Handlungen der Herren Hientzsch, Jenke und Sarnighausen (vorm. Scheffler), Leuckart und Lichtenberg zu haben.

[2212]

Peter Lüstner.

Otto und Louis Lüstner.

Die Bibliotheks-Commission.

Die aus der hiesigen Gemeinde-Bibliothek entliehenen Bücher sind behufs der Revision Freitag den 19. d. M. von 2 bis 4 Uhr abzuliefern.

[2223]

Breslau, den 17. September 1862.

Die Bibliotheks-Commission.

Institut für hilfsbedürftige Handlungsdienner.

Am 6. Oktober e. beginnt der wiederum nach vorjährigem Plan organisierte Unterricht und werden Anmeldungen für denselben:

[2211]

vom Lehrling am 2. und 3. Oktober e.,

von Mitgliedern am 3. Oktober e.,

Abends von 7½—8½ Uhr im Instituts-Locale, Schuhbrücke Nr. 50 entgegenommen.

Die Vorsteher.

Königliche Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn.

Es soll die Lieferung von 400 Stück schmiedeeisernen Trägern zu Güterwagen im Wege der Submission vergeben werden.

Termin hierzu ist auf

Montag, den 29. September d. J., Vormittags 11 Uhr,

in unserm Geschäftslöfale auf hiesigen Bahnhofe anberaumt, bis zu welchem die Offerten

frankiert und versteigert mit der Aufschrift:

„Submission auf schmiedeeiserne Träger zu Güterwagen“

eingereicht sein müssen.

Die Submissions-Bedingungen liegen in den Wochentagen Vormittags im vorbezeichneten Locale zur Einsicht aus und können dafelbst auch Abschriften dieser Bedingungen gegen Erstattung der Kopien in Empfang genommen werden.

Berlin, den 15. September 1862.

[2208]

Königliche Direktion der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn.

Die Ausgabe der neuen, vom 1. Oktober d. J. ab laufenden Zins-Coupons zu den Oberschlesischen Eisenbahn-Prioritä

Bekanntmachung.

Zur Licitation der Salzauflöse von Breslau nach Kreuzburg, auf 3 Jahre 1863, 1864 und 1865 und außerdem auf ein Jahr mit der Verabredung stillschweigender Verlängerung von Jahr zu Jahr und halbjährlicher Kündigungsfreiheit, haben wir in dem Amtslokal der Königlichen Salz-Faktorei zu Kreuzburg auf Montag den 6. October 1862 Vormittags von 10 bis 12 Uhr einen Termin angefechtet. [1716]

Die Licitations-Bedingungen sind sowohl bei uns, als auch bei der Salz-Faktorei zu Kreuzburg zur Ansicht ausgelegt.

An Bietungs-Kaution sind 150 Thaler in baarem Gelde oder in Staatspapieren, nach dem Kurswerthe, zu deponiren.

Landsberg D.S., den 10. Sept. 1862.

Königliches Haupt-Zoll-Amt.

Acker-, Wiesen- und Gräserei-

Verpachtung.

Die auf dem sogenannten Vinzenz-Elbing vor dem Oder- und Sandtor hierelbst belebten, dem königl. Domänen-Fiscus gehörigen, zu Dammbauten reservirten Acker- und Wiesen-Parzellen von zusammen 78 Morgen 167 Du.-R. Flächeninhalt, so wie die Gräserei auf den alten Dämmen der Vinzenz-Elbing-Grundstücke, sollen anderweit aus einem Jahr von Michaeli 1862 bis dahin 1863 an die Meistbietenden verpachtet werden.

Hierzu ist ein nochmaliger öffentlicher Bietungstermin auf

Dienstag, den 23. September,

Nachmittags von 3-4 Uhr in unserem Amtslokal (Ritterplatz Nr. 6) anberaumt, zu welchem Bachtüste hierdurch mit dem Bemerkern eingeladen werden, daß die Verpachtungs-Bedingungen während der Amtsstunden bei uns zur Einsicht bereit liegen. [1739]

Breslau, den 17. September 1862.

Königliches Rent-Amt.

Bekanntmachung. [1720]

Da unser bisheriger hier und in der Umgebung allein fungirende Arzt, Dr. med. Franz, frankenthaler Levin verläßt, so wird die Niederlassung eines andern promovirten Arztes hierelbst dringend gewünscht.

Levin enthält mit den umliegenden Ortschaften über 10.000 Seelen, und liegt zwischen den bekannten Badeorten Reinerz und Eudowa.

Nähre Auskunft ertheilt auf gesällige Anfragen sowohl Dr. Dr. Franz, zur Zeit in Langenselbau, als auch der unterzeichnete Magistrat.

Levin, den 12. September 1862.
Der Magistrat.

Das Neueste für Damen!

Gretchen-

und

Gürtel-

in Sammt u. Leder von 10 Sgr. bis 1 1/2 Thlr.

Adolf Zepler,

Nikolaistr. Nr. 81.

Wein-,

Liqueur-,

Rum- und

Cigarren-

empfiehlt in größter Auswahl zu billigen Preisen: Das lith. Institut. M. Lemberg,

[2152] Schmiedebrücke 58.

Kiesnadel-Defolt [1910]

zur Bereitung der Kiesnadel-Bäder für Erwachsene und für Kinder ist zu beziehen à 1/4 Eimer zu 12 Bäder für den Preis von 2 Thlr. von der Bade-Inspection zu Karlsruhe D.S.

Eine Maschinenpapiersfabrik im schlesischen Gebirge, seit wenigen Jahren neu und durchweg massiv gebaut, mit gutem Wasser, ist wegen eingetretener andauernder Krankheit des Besitzers zu verkaufen. Preis 36.000 Thlr. Anzahlung 6-800 Thlr. Näheres auf frankrite Anfragen sub B. 250 an die Expedition der Breslauer Zeitung. [2073]

Ausverkauf

deutscher und französischer Tapeten,

Borduren, diesjährige Muster. [1560]

Wilhelm Bauer jun.

Die ersten neuen

Smyrnaer Feigen,

Dalmatiner Feigen und

Sultani-Rössen

empfingen und empfehlen

Gebrüder Knaus,

[2220] Hoffleiteranten,

Oblauerstr. 5 u. 6, zur Hoffnung.

4000 Thlr. zur ersten Stelle hinter

Reitstall-Pfandbriefen, werden auf ein Gut

von 200 M. Boden erster Klasse bei Breslau ohne Verlust verlangt. [2216]

F. H. Meyer, Alte-Taschenstr. Nr. 23.

1000 Thaler

find zur ersten Hypothek al pari ohne Einmischung eines Agenten sofort zu vergeben.

Adresse Z. Z. Nr. 25 poste rest. Breslau.

Eine Rittergutspacht

in fruchtbare Gegend Schlesiens, mit einem

Areal von 800 M. Acker und Wiesen, weise ich ernstlichen Bewerbern, die über 8000 Thlr.

verfügen, zum sofortigen Entree nach [2215]

F. H. Meyer, Alte-Taschenstr. Nr. 23.

Geschäfts-Eröffnung.

Mit dem heutigen Tage eröffnen wir hierelbst Oblauerstraße 10/11 im Hotel zum „weißen Adler“ eine Modewaaren-Handlung unter der Firma

Schlesinger & Milchner.

Mit dieser Anzeige erlauben wir uns die Versicherung, daß strenge Realität stets die Grundlage unseres Geschäftes bilden wird, und werden wir bemüht sein, das Vertrauen, um welches wir höchst bitten, durch gute Ware und wirklich billige Preise jederzeit zu rechtfertigen.

Unser Lager besteht vorzugsweise aus einer großen Auswahl der modernsten und schönsten Kleiderstoffe und Châles.

Die Preise sind fest.

Breslau, den 16. September 1862.

[2143] B. Schlesinger. G. Milchner.

Die Preußische Hypotheken-Ordnung vom 20. Dezember 1853 im Auszuge mit ihren Ergänzungen und den Vorchriften über das Berghypothekenwesen, neu herausgegeben von Th. A. Jobst, Kreisrichter, 8. brosch. Preis 21 Sgr., ist so eben eingetroffen in der Buchhandlung von Josef Max und Komp.

Verlag von Friedrich Vieweg und Sohn in Braunschweig.

(Zu beziehen durch jede Buchhandlung.)

Grundriss der Physik und Meteorologie

für Lyceen, Gymnasien, Gewerbe- und Realschulen, sowie zum Selbstunterricht von Dr. Joh. Müller, Grossherzogl. Badischen Hofrat, Professor der Physik und Technologie an der Universität zu Freiburg im Breisgau. Mit 580 in den Text eingedruckten Holzschnitten. Achte vermehrte und verbesserte Auflage. gr. 8. Fein Velinpap. geh. Preis 2 Thlr.

Müller-Pouillet's Lehrbuch der Physik hat in sechs sich rasch folgenden Auflagen, für den Unterricht auf höheren Lehranstalten und für das tiefere Selbststudium, so ungetheilten Beifall, so weite Verbreitung gefunden, dass der Herr Verfasser von vielen Seiten angegangen wurde, einen kürzeren Grundriss für den Gebrauch an Lyceen, Gymnasien, Gewerbe- und Realschulen, wie auch für den ersten Selbstunterricht, folgen zu lassen; dieser wird damit dem Publikum in acht erweiterter und verbesserten Auflage übergeben.

Auch dieses Werk hat sich sehr bald der allgemeinsten Anerkennung und Verbreitung zu erfreuen gehabt, und zwar inner- und außerhalb Deutschlands, denn es sind Übersetzungen in englischer, schwedischer und holländischer Sprache theils erschienen, theils vorbereitet.

Wir empfehlen das vortreffliche Werk den Schulbehörden und allen Denen, welche in kurzer Ueberblick der Physik von Wichtigkeit ist.

Um dem Werke die weiteste Verbreitung anzubauen und die Einführung in die Lehranstalten zu erleichtern, ist der Preis, trotz der grossen Anzahl (580) sorgsam ausführter Abbildungen, nicht höher als 2 Thlr. gestellt und ist jede Buchhandlung in den Stand gesetzt, auf sechs auf einmal bezogene Exemplare ein Freixemplar zu liefern.

Abonnements-Einladung

auf die

„Neue Stettiner Zeitung“.

Die „Neue Stettiner Zeitung“, welche sich durch ihre die Tagesfragen in eingehender Weise besprechenden Leitartikel und bewährte Original-Correspondenzen aus der Residenz und der Provinz Pommern die steigende Theilnahme ihrer Leser erworben, wird auch im nächsten Quartal in dem bisherigen Geiste und in gehobneter Ausstattung erscheinen, insbesondere wird die Redaktion nach wie vor sich bemühen, die „Neue Stettiner Zeitung“ als einen Vorkämpfer gegen die politischen und religiösen Rückstrebungen der Provinz Pommern zu betrachten, und dem deutschen Einheitsgedanken den wärmsten Ausdruck zu geben. Die „Neue Stettiner Zeitung“ enthält außer ihrem politischen Theile ein interessantes Teujillon, wissenschaftliche und Kunst-Notizen, Handels- und Börsen-Nachrichten auf dem kürzesten Wege. Sie erscheint täglich 2 mal zu dem Abonnementpreise von 1 Thlr. 17 Sgr. 6 Pf. für sämmtliche Provinzen des preußischen Staates.

Da die „Neue Stettiner Zeitung“ in Stettin und der Provinz Pommern das verbreitetste Tagesblatt ist und daher vorzugsweise als das Organ für amtliche Publicationen benutzt wird, so empfiehlt sie sich ganz besonders zu Insertionen, welche mit 1 Sgr. für die gespaltene Seitenfläche berechnet werden. [2232]

Die Redaction. Gustav Wiemann.

Die Redaction. Gustav Wiemann.

Vierte Auflage. ! Wohlseiles Kochbuch! Preis 15 Sgr.

Im Verlage von Eduard Trewendt in Breslau ist erschienen: [1786]

Die Köchin aus eigener Erfahrung,

oder

allgemeines Kochbuch für bürgerliche Haushaltungen.

Ein Buch, das leicht verständliche und genaue Anweisungen zum wohlseilen und schmackhaften Kochen, Braten, Backen, Einmachen, Getränkebereiten und andere für die Küche und die Kochkunst nothwendige Regeln und Belehrungen enthält.

Mit einer nach den Jahreszeiten und Monaten geordneten Speisekarte von

Caroline Baumann.

Vierte verbesserte und vermehrte Auflage. 8. 14 Bogen. Elegant in illustriertem Umschlag mit vergoldeter Rückenpresso, gebunden Preis nur 15 Sgr.

Diese neue, von einer erfahrenen Hausfrau durchgehobene, vielfach verbesserte und vermehrte Auflage wird auch durch ihre äußere ansprechende Ausstattung jedem Mädchen, jeder jungen Hausfrau eine willkommene Gabe sein.

Original Probsteier Saat-Getreide [2213]

offerieren billigst: Paul Riemann & Comp., Breslau, Albrechtsstrasse Nr. 7.

In der Ackerbauschule zu Popeln,

Kreis Rybnit, finden noch einige junge Männer behufs Erlernung der theoretischen u. praktischen Landwirtschaft, sowie der hierauf bezüglichen Hilfsfächer gegen Pensionszahlung Aufnahme.

Empfiehle ich gütiger Beachtung.

Für mein Weingeschäft suche ich einen Lehrling zum baldigen Antritt. Selbstgeschrifte Anmeldungen franco. [2257]

Eduard Goldstein in Raitzow.

Empfiehle ich gütiger Beachtung.

Für mein Weingeschäft suche ich einen Lehrling zum baldigen Antritt. Selbstgeschrifte Anmeldungen franco. [2257]

Eduard Goldstein in Raitzow.

Empfiehle ich gütiger Beachtung.

Für mein Weingeschäft suche ich einen Lehrling zum baldigen Antritt. Selbstgeschrifte Anmeldungen franco. [2257]

Eduard Goldstein in Raitzow.

Empfiehle ich gütiger Beachtung.

Für mein Weingeschäft suche ich einen Lehrling zum baldigen Antritt. Selbstgeschrifte Anmeldungen franco. [2257]

Eduard Goldstein in Raitzow.

Empfiehle ich gütiger Beachtung.

Für mein Weingeschäft suche ich einen Lehrling zum baldigen Antritt. Selbstgeschrifte Anmeldungen franco. [2257]

Eduard Goldstein in Raitzow.

Empfiehle ich gütiger Beachtung.

Für mein Weingeschäft suche ich einen Lehrling zum baldigen Antritt. Selbstgeschrifte Anmeldungen franco. [2257]

Eduard Goldstein in Raitzow.

Empfiehle ich gütiger Beachtung.

Für mein Weingeschäft suche ich einen Lehrling zum baldigen Antritt. Selbstgeschrifte Anmeldungen franco. [2257]

Eduard Goldstein in Raitzow.

Empfiehle ich gütiger Beachtung.

Für mein Weingeschäft suche ich einen Lehrling zum baldigen Antritt. Selbstgeschrifte Anmeldungen franco. [2257]

Eduard Goldstein in Raitzow.

Empfiehle ich gütiger Beachtung.

Für mein Weingeschäft suche ich einen Lehrling zum baldigen Antritt. Selbstgeschrifte Anmeldungen franco. [2257]

Eduard Goldstein in Raitzow.

Empfiehle ich gütiger Beachtung.

Für mein Weingeschäft suche ich einen Lehrling zum baldigen Antritt. Selbstgeschrifte Anmeldungen franco. [2257]

Eduard Goldstein in Raitzow.

Empfiehle ich gütiger Beachtung.